





Konzeption für die Integration von bleibeberechtigten
Zugewanderten sowie für eine Verbesserung der
Lebenssituation von Geflüchteten in Brandenburg an der
Havel

[Entwurf der Neuschreibung 2017]

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis	3
Einleitung	4
Strukturierung des Prozesses	5
Ausgangssituation in der Stadt Brandenburg	7
Statistischer Überblick	7
Interessenvertretungen, Anlauf- und Beratungsstellen	8
Leitlinien	9
Übergeordnete Maßnahmenvorschläge	10
Arbeitsbereich: Soziale Teilhabe, Sport, Kultur und Religion	13
Ausgangssituation	13
Ziele	14
Maßnahmenvorschläge	15
Arbeitsbereich Gesundheit	19
Ausgangssituation	19
Ziele	20
Maßnahmenvorschläge	23
Arbeitsbereich Wohnen und Unterkunft	26
Ausgangssituation	26
Ziele	27
Maßnahmenvorschläge	29
Arbeitsbereich Erwachsenenbildung und Arbeitsmarktintegration	33
Ausgangssituation	33
Ziele	34
Maßnahmenvorschläge	37
Arbeitsbereich Kinder und Familie	39
Ausgangssituation	39
Ziele	40
Maßnahmenvorschläge	43
Anhang	45
Wegweiser für Migrantinnen und Migranten - Beratungsstellen, Ansprechpersonen und Zuständigkeiter	า45
Überblick: Angebote und Aktivitäten für Geflüchtete	51
Überblick: Maßnahmen des BMAS zur Integration in Ausbildung, Arbeit und (Hochschul-) Bildung	52
Mitwirkende in den Arbeitsgruppen	53
Glossar	54

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Arbeits- und Konzeptstruktur	. 5
Abb. 2: Zahl der ausländischen Staatsangehörigkeiten	7
Abb. 3: Aufteilung der ausländischen Staatsangehörigen nach Aufenthaltsstatus	7
Abb. 4: Sportkursteilnahmen durch Menschen mit ausländischer Staatsbürgerschaft	13
Abb. 5: Verteilung der AusländerInnen im Stadtgebiet	26
Abb. 6: Prozentuale Altersverteilung nach Herkunft	33
Abb. 7: Anlaufstellen und Angebote, Flyer des Flüchtlingsnetzwerks Brandenburg	51
Abb. 8: Maßnahmen des BMAS zur Integration in Ausbildung, Arbeit und (Hochschul-) Bildung	52

Abkürzungsverzeichnis

AG Arbeitsgruppe

AsylbLG Asylbewerberleistungsgesetz
AZR Ausländerzentralregister
BA Bundesagentur für Arbeit

BAMF Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
BMAS Bundesministerium für Arbeit und Soziales

DAF Deutsch als Fremdsprache
DAZ Deutsch als Zweitsprache

FB Fachbereich

GU Gemeinschaftsunterkunft

JC Jobcenter

KdU Kosten durch Unterkunft

LGBTIQ¹ Lesbian, Gay, Bisexual, Transsexual, Intersexual, Queer

NIM Netzwerk Integration für MigrantInnen

QM Qualitätsmanagement
SGB Sozialgesetzbuch
SSB Stadtsportbund

SVV Stadtverordnetenversammlung
THB Technische Hochschule Brandenburg
UMF Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

WB Weiterbildung

WU Wohnungsunternehmen

¹ Siehe Glossar im Anhang

-

Einleitung 4

Einleitung

In Reaktion auf die starke Zunahme von AsylbewerberInnen und Geflüchteten, und den sich damit kontinuierlich ändernden gesetzlichen Rahmenbedingungen, hat die Stadt Brandenburg an der Havel beschossen, die im Jahr 2012 durch die Stadtverordnetenversammlung verabschiedete "Konzeption für die Integration von bleibeberechtigten Zuwanderern sowie für eine Verbesserung der Lebenssituation von Flüchtlingen in der Stadt Brandenburg an der Havel" grundlegend zu überarbeiten und fortzuschreiben.

Im Herbst des Jahres 2016 erfolgte ein breit angelegter Planungsprozess, in welchem VertreterInnen aus Verwaltung und Zivilgesellschaft, von Vereinen, Trägern, Institutionen sowie Ehrenamtliche, Menschen mit und ohne Fluchterfahrung oder Migrationshintergrund in einer Auftaktveranstaltung fachliches Input zum ehrenamtlichen Engagement in der Flüchtlingshilfe im Land Brandenburg erhielten und in zwei Ideenwerkstätten gemeinsam über die Prozessstruktur und die gewünschten Prozessbeteiligten berieten und abstimmten.

Als Ergebnis wurde ein Planungskonzept² erstellt, welches dem Prozess der Neubearbeitung und Fortschreibung des Integrationskonzepts der Stadt Brandenburg an der Havel im Jahr 2017 zugrunde liegt.

Die Finanzierung des Gesamtprozesses 2016 und 2017 erfolgte durch Gelder, die im Rahmen des Regionalbudgets 'Bündnis für Brandenburg' zur Verfügung gestellt wurden und aus Mitteln der Stadt Brandenburg an der Havel.

Folgende Leitpfeiler wurden als Basis für den Neuschreibungsprozess erarbeitet und entsprechend umgesetzt:

Beteiligung

Jeder Person der Stadtgesellschaft wurde die Möglichkeit gegeben, sich aktiv an dem Prozess der Erneuerung des Integrationskonzeptes zu beteiligen.

Transparenz

Alle AkteurInnen wurden über die neuen Termine und die jeweiligen Arbeitsstände umfassend informiert. Auf Wunsch erhielten sie auch Informationen zu den Arbeitsgruppen, an denen sie nicht direkt beteiligt waren/sind.

Expertise

Jeder Arbeitsschritt wurde durch die notwendige Expertise aus Verwaltung, Trägerschaft und Zivilgesellschaft begleitet, so dass jederzeit fachspezifische Nachfragen oder Klärungsbedarfe befriedigt werden konnten.

Umsetzung und Überprüfbarkeit

Klare Formulierungen und konkrete zeitliche Vorstellungen zur Zielerreichung und zur Umsetzung von Maßnahmen machen das Integrationskonzept zu einem gut nutzbaren Instrument der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Integration in der Stadt Brandenburg an der Havel. Zugleich bleiben alle Beteiligten aber auch mit unsicheren Entwicklungen und sich verändernden (rechtlichen) Handlungsgrundlagen und Rahmenbedingungen konfrontiert, auf die im Umsetzungsprozess reagiert werden muss.

² Siehe: https://www.stadt-brandenburg.de/fileadmin/pdf/00/Auslaender/Planungskonzept Integration Fluechtlinge.pdf

Strukturierung des Prozesses

Nebenstehendes Schema wurde zur organisatorischen Unterstützung von Planungs- und Neuschreibungsprozess der Konzeption genutzt und bildet die im weiteren Verlauf des Prozesses und der

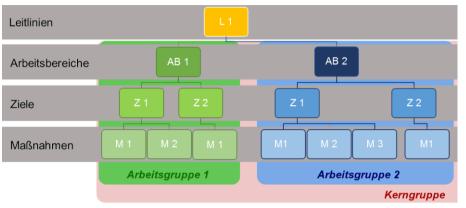


Abb. 1: Arbeits- und Konzeptstruktur

Konzeption verwendeten Begrifflichkeiten ab.

Leitlinien

Die Leitlinien bilden den Rahmen der Konzeption und stellen als gemeinsam erarbeiteter Grundkonsens die Basis für die Erarbeitung der Ziele und Maßnahmen in allen Arbeitsbereichen dar. Sie wurden anhand der Ergebnisse der beiden

Ideenwerkstätten 2016 formuliert und während der Auftakt- und Fachveranstaltungen 2017 gemeinsam nachjustiert und beschlossen.

Arbeitsbereiche

Im Rahmen der beiden Ideenwerkstätten wurden gemeinsam mit rund 50 AkteurInnen die benötigten Arbeitsbereiche so herausgearbeitet und zusammengefasst, dass eine Auseinandersetzung mit allen wichtigen Themengebieten inhaltlich, zeitlich und organisatorisch möglichst optimal gewährleistet ist.

Folgende Arbeitsbereiche wurden beschlossen und jeweils mit einer Vielzahl an Vorschlägen für Personen und Vereine, Institutionen, Unternehmen und Verwaltungseinheiten, die es in den Neuschreibungsprozess zu involvieren galt, versehen:

- Arbeitsbereich 1: Soziale Teilhabe, Sport, Kultur und Religion
- Arbeitsbereich 2: Gesundheit
- Arbeitsbereich 3: Wohnen und Unterkunft
- Arbeitsbereich 4: Erwachsenenbildung und Arbeitsmarktintegration
- Arbeitsbereich 5: Kinder und Familie

In jedem dieser Bereiche tauschte sich eine Arbeitsgruppe im Rahmen von zwei, maximal drei Treffen über die Ziele und benötigten Maßnahmen aus.

Ziele & Maßnahmen

Innerhalb der ersten Arbeitsgruppenphase wurden anhand der Leitlinien und des zu bearbeitenden Themenbereichs Ziele gesammelt, ausformuliert und wenn möglich mit einem zeitlichen Richtwert versehen. In der anschließenden Phase sollte herausgearbeitet werden, mithilfe welcher Maßnahmen die gewünschten Ziele erreicht werden können. Im Ergebnis wurden Vorschläge erarbeitet, in denen Nutzen, Schlüsselpersonen, Kernaufgaben und Bewertungskriterien ausformuliert sind.

Während der Arbeit in den Gruppen wurden einzelne Bedarfe immer wieder als immanent wichtig und arbeitsgruppenübergreifend genannt und in Form von Maßnahmen erarbeitet. Diese Bedarfe wurden zusammengefasst, und als übergeordnete Maßnahmen den Ergebnissen der fünf Arbeitsgruppen vorangestellt.

Beteiligte in den Arbeitsgruppen

Für die Mitarbeit am Integrationskonzept wurde auf der Basis der erarbeiteten Arbeitsbereiche und den gesammelten Vorschlägen des Planungsprozesses möglichst breit geworben um dem Anspruch der Perspektivenvielfalt und Expertise gerecht zu werden.

76 Personen³ haben sich in den verschiedenen Arbeitsgruppen eingebracht und gemeinsam die Ausgangssituation in der Stadt betrachtet, Ziele erarbeitet sowie Maßnahmenvorschläge zusammengetragen. Es waren Personen aus allen Bereichen der Stadtgesellschaft vertreten: aus Politik und Verwaltung, von Trägern und Vereinen, aber auch Ehrenamtliche, Kirchenvertreter, UnternehmerInnen sowie Geflüchtete und Personen mit Migrationshintergrund in verschiedenen Funktionen.

Kerngruppe

Während der zweiten Ideenwerkstatt wurde die Gründung einer Kerngruppe beschlossen. An dieser Kerngruppe sollten Personen aus möglichst allen Bereichen der Flüchtlingsarbeit beteiligt sein, um eine Perspektivenvielfalt im Gesamtprozess zu ermöglichen und in der prozessualen Steuerung zu verankern.

Soweit möglich, waren die Mitglieder der Kerngruppe an allen Arbeitsgruppentreffen beteiligt. Sie waren für die Homogenität des Ablaufs, zur Unterstützung der Moderation und zur Vermeidung von inhaltlichen Dopplungen in den Ziel- und Maßnahmenerarbeitungen verantwortlich. Zudem wurden sie in Fragen der Prozessplanung zu Rate gezogen.⁴

Zielgruppen

Einigkeit herrschte während des Neuschreibungsprozesses der Konzeption darüber, dass es sich bei dem angestrebten Prozess der Integration nicht um einen einseitigen Vorgang handeln kann. Dieser Grundkonsens bildet die Basis einer Vielzahl der erarbeiteten Ziele und Maßnahmen. Insofern sind in der Zielgruppe des Konzepts alle EinwohnerInnen der Stadt Brandenburg an der Havel unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft inbegriffen. Denn nur als Miteinander und auf Augenhöhe kann Integration gelingen.

Innerhalb der erarbeiteten Ergebnisse wurden zur Fokussierung auf spezifische Zielgruppen die Begriffe 'Flüchtling', 'GeflüchteteR', und 'Migrationshintergrund' genutzt.

Als Flüchtling oder GeflüchteteR werden innerhalb dieses Konzepts alle Personen bezeichnet, die aus ihrem Heimatland geflüchtet sind. Fluchtgründe und aktueller Aufenthaltsstatus sind dabei unerheblich.

Der Begriff 'Migrationshintergrund' wird entsprechend der Definition des BAMF verwendet: "Eine Person hat dann einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren ist."

³ Beteiligte in den Arbeitsbereichen, siehe Anhang

⁴ Mitglieder der Kerngruppe siehe Anhang

⁵ Siehe: <u>https://www.bamf.de</u> (23.08.2017)

Ausgangssituation in der Stadt Brandenburg

Statistischer Überblick

Zum 31.12.2017 gibt das Einwohnermelderegister der Stadt Brandenburg an der Havel eine Gesamtbevölkerungszahl von 71.973 an. 3.064 Personen sind zu diesem Zeitpunkt als nichtdeutsch deklariert. Das entspricht einer Prozentzahl von 4,26%.

Das Ausländerzentralregister (AZR) führt zum Stichtag 31.01.2017 in der Stadt Brandenburg 3.239 Personen mit einer nichtdeutschen Staatsangehörigkeit. Rund 47% stammen aus europäischen Staaten. Besonders Osteuropa

Zahl der in Brandenburg gemeldeten Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit

108
231
Europa
Asien
Afrika
Nord- und Südamerika
ungeklärt oder staatenlos
Australien

Abb. 2: Zahl der ausländischen Staatsangehörigkeiten (eig. Darstellung; Quelle: AZR; Stand: 31.01.2017)

ist stark vertreten.

Zu der großen Gruppe der Menschen mit einer Staatsangehörigkeit eines asiatischen Landes gehören allein 558 Personen aus Syrien und 190 Personen aus Afghanistan. Sie umfasst aber auch 155 Menschen mit vietnamesischer Staatsangehörigkeit.

Hinter den verschiedenen Herkunftsländern verbergen sich sehr unterschiedliche persönliche und rechtliche Hintergründe. So gehören beispielsweise die Personen mit vietnamesischer Staatsangehörigkeit vor allem zu den rund 800 vietnamesischen Familien die zu DDR-Zeiten als VertragsarbeiterInnen nach Brandenburg an der Havel gezogen sind bzw. stellen deren Nachkommen dar. Sie sind in der Stadt weitgehend zuhause.

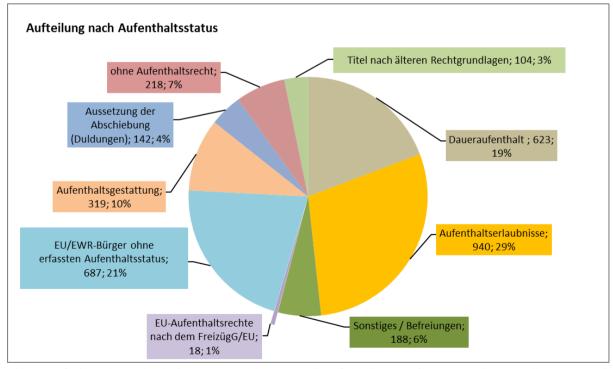


Abb.3: Aufteilung der ausländischen Staatsangehörigen nach Aufenthaltsstatus (eig. Darstellung, Quelle: AZR, Stand: 31.01.2017)

Die Menschen mit syrischer oder afghanischer Staatsangehörigkeit sind in der Regel in den letzten zwei Jahren im Rahmen der großen Fluchtbewegungen in diese Stadt gekommen. Sie müssen sich erst langsam in Brandenburg, aber auch grundsätzlich in der deutschen Gesellschafft zurechtfinden.

Das Stadtbild wird jedoch auch durch eine Vielzahl weiterer Personengruppen mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit geprägt. Beispielhaft seien die ausländischen Studierenden der Technischen Hochschule Brandenburg genannt. Im Mai 2017 waren an der THB 411 Personen aus 75 Ländern immatrikuliert.⁶ Aber nur etwa 100 dieser StudentInnen haben auch ihren Wohnsitz in der Stadt.

Die Unterschiedlichkeit der verschiedenen Gruppen mit ausländischer Staatsangehörigkeit ist zudem anhand der Verschiedenheit der Aufenthaltsstatus erkennbar (siehe Abbildung 3). Dies zieht grundlegende Unterschiede bei der Integrationsarbeit nach sich.

Somit stellen die Geflüchteten und Personen mit Migrationshintergrund in Brandenburg an der Havel eine sehr heterogene Gruppe mit einer Vielzahl von unterschiedlichen Erfahrungen, Bedarfen, Kenntnissen und Motivationen dar.

Interessenvertretungen, Anlauf- und Beratungsstellen

1991 wurde in Brandenburg an der Havel die Stelle der Ausländerbeauftragten geschaffen. Sie vertritt die Rechte der ausländischen MitbürgerInnen in der Stadt, berät und informiert sie und stellt bei Bedarf Kontakt zu Verbänden, Vereinen und Interessensvertretungen her. Darüber hinaus obliegt ihr eine wichtige vernetzende und vermittelnde Funktion.⁷

Der Integrationsbeirat der Stadt Brandenburg an der Havel wurde auf Beschluss der Stadtverordnetenversammlung (SVV) im Jahr 2012 als politische Interessensvertretung der Menschen mit Migrationshintergrund gebildet. Es handelt sie hierbei um einen ehrenamtlichen Zusammenschluss, welcher sich einmal monatlich trifft. In enger Zusammenarbeit mit der Ausländerbeauftragten der Stadt nimmt er seine Aufgaben gegenüber der SVV, der Stadtverwaltung, den Parteien, Organisationen und Verbänden war.⁸

Im Netzwerk Integration für MigrantInnen (NIM) haben sich 2004 Bildungsträger, Vereine, Verbände und Organisationen zusammengeschlossen die sich hauptamtlich mit den Belangen der Menschen mit Migrationshintergrund in der Stadt beschäftigen. Sie treffen sich unter Federführung der Ausländerbeauftragten rund 4 Mal im Jahr. In den letzten 2 Jahren rückten vor allem Themen im Kontext mit Geflüchteten in den Vordergrund.

Das Flüchtlingsnetzwerk Brandenburg an der Havel hat sich im Dezember 2014 gegründet, als sich Gemeindemitglieder von Sankt Katharinen und Sankt Gotthardt und Christus zusammentaten, um gemeinsam mit anderen EinwohnerInnen der Stadt die steigende Zahl Geflüchteter zu unterstützen. Mittlerweile sind mehr als 200 Personen im Netzwerk aktiv. Eine hauptamtliche, bei der Diakonie angebundene Koordinierungsstelle vernetzt und berät die verschiedenen im Rahmen der Flüchtlingsarbeit aktiven Strukturen. Diese Stelle wurde für 2018 mit finanzieller Unterstützung durch das Land und die Stadt um ein weiteres Jahr verlängert.

In der Stadt gibt es darüber hinaus eine Vielzahl an Bildungsträgern, Vereinen, Verbänden, Initiativen und Organisationen, die sich ausschließlich oder teilweise den Belangen von Menschen mit Migrationshintergrund und Geflüchteten widmen. Einige gibt es bereits seit mehreren Jahrzehnten, andere wurden erst vor kurzem gegründet. Aufgrund der schnellen Entwicklungen in diesem Bereich ist ein wirklich allumfassender Überblick kaum möglich. Im Anhang ist eine aktuelle von der Ausländerbeauftragten der Stadt Brandenburg erstellte Übersicht dieser Einrichtungen zu finden. Ergänzend sind in einer Übersicht des Flüchtlingsnetzwerks im Anhang weitere Initiativen und Anlaufpunkte für Geflüchtete und Personen mit Migrationshintergrund aufgelistet

⁶ Lt. Informationen des Akademischen Auslandsamts der THB

⁷ Siehe: https://www.stadt-brandenburg.de/auslaender/auslaenderbeauftragte (07.09.2017)

⁸ Siehe: https://www.stadt-brandenburg.de/auslaender/intergationsbeirat/ (16.11.2017)

Leitlinien

Aufbauend auf den in der Planungsphase im Jahr 2016 zusammengetragenen Vorschlägen der beiden Ideenwerkstätten wurden während der Auftaktveranstaltung am 08.03.2017 und der Fachveranstaltung am 07.04.2017 die Leitlinien für die Neuschreibung des Integrationskonzepts der Stadt Brandenburg entwickelt.

(A) Brandenburg an der Havel will sich als Stadtgesellschaft vorurteilsfrei den Aufgaben der Integration stellen.

Es soll fremdenfeindlichen und insbesondere flüchtlingsfeindlichen Stimmungen vorgebeugt werden. Dazu soll Transparenz in der Integrationsarbeit hergestellt werden.

(B) Brandenburg an der Havel möchte eine vielfältige Stadtgesellschaft sein.

Die religiöse und kulturelle Vielfalt sowie Unterschiedlichkeit der Menschen, die bereits hier sind und derjenigen, die dazukommen, wird ernst genommen und respektiert.

(C) Brandenburg an der Havel versteht Integration in der Stadtgesellschaft als gegenseitigen Prozess, der ein Miteinander ermöglicht.

Oft wird Integration als einseitige Anpassung der dazugekommenen Menschen missverstanden. Es ist daher wichtig klarzustellen, dass auch die bereits hierlebenden Menschen für eine gelingende Integration Veränderungsprozesse durchlaufen. Dazu müssen alle Beteiligten ermutigt und unterstützt werden.

(D) Brandenburg an der Havel berücksichtigt in seinem Integrationskonzept alle Menschen mit Migrationshintergrund - unabhängig von Herkunft, Aufenthaltstitel und Bleibeberechtigung.

Im Integrationskonzept werden alle Menschen mit Migrationshintergrund angemessen berücksichtigt. Es wird keinen ausschließlichen Fokus auf geflohene Menschen mit Bleiberechtigung legen.

(E) In Brandenburg an der Havel spielt das bürgerschaftliche Engagement in allen Bereichen der Integration eine unverzichtbare Rolle und wird entsprechend durch Anerkennung und Einbeziehung in Entscheidungsprozesse gewürdigt.

Engagierte Menschen sind in der Integrationsarbeit unerlässlich. Es ist daher sicherzustellen, dass diese ausreichend anerkannt und in ihren Anregungen, Problemen und Kritiken angehört werden.

(F) Brandenburg an der Havel will in seiner Stadtgesellschaft die Teilhabe aller am öffentlichen Leben ermöglichen - unabhängig von Alter, Geschlecht, Religion, Sexualität oder körperlichen Einschränkungen - und stellt sich aktiv den jeweiligen Herausforderungen aller Personengruppen.

Dies gilt auch für Menschen mit ein LGBTIQ-Hintergrund⁹ (Homosexualität, Bisexualität, Transsexualität, Interund Quersexualität), für (intersektionell) diskriminierte Menschen sowie für spezifische Personenkreise mit ihren jeweiligen Herausforderungen.

(G) Brandenburg an der Havel versteht interkulturelle Handlungskompetenzen als Grundlage einer vielfältigen Stadtgesellschaft und fördert daher das interkulturelle Können und Verstehen aller Beteiligten.

Das Ziel ist die interkulturelle Öffnung in allen Bereichen der Stadtgesellschaft. Schritte dahin könnten z.B. Schulungen zur Verwendung 'Einfacher Sprache' sein.

(H) Brandenburg an der Havel sieht in den Aufgaben der Beratung, der Betreuung und der Sprache (Förderung, Vermittlung, Übersetzung) grundlegende Bausteine einer gelingenden Integration und berücksichtigt sie daher als Querschnittaufgaben.

In allen Arbeitsbereichen der Integration muss es entsprechende Angebote geben und sie müssen niederschwellig kommuniziert werden bzw. einfach auffindbar sein.

⁹ Siehe Glossar im Anhang

Übergeordnete Maßnahmenvorschläge

Im Rahmen der Arbeit in den einzelnen Arbeitsgruppen wurden einige Problemlagen immer wieder genannt und entsprechend mit Zielen oder Maßnahmen versehen. Die Kerngruppe hat sich mit den Mitwirkenden der Arbeitsgruppen darauf verständigt, diesen Maßnahmen eine besondere Priorität einzuräumen, sie übergeordnet zu thematisieren und ihre Bearbeitung voranzustellen.

(ÜM1) Aufbau einer mehrsprachigen Online-Plattform für einen niedrigschwelligen Informationsaustausch zu Themen der Integration in der Stadt Brandenburg für Menschen mit Migrationshintergrund, Geflüchtete, Hauptamtliche und Ehrenamtliche

Nutzen	- Anerkennung und Ermöglichung von Selbständigkeit
	 Individueller regelmäßiger Austausch von aktuellen Informationen
	und Wissen (Bsp. Gesundheit, Wohnraum, Freizeit)
	- Wissensvermittlung und Partizipation
	- Entlastung der Beratungsstellen
	 Verbesserung der Verweisberatung
Schlüsselpersonen	 Vereine, Institutionen, Verbände für die Zuarbeit
	- Stadtverwaltung für die Bereitstellung von Ressourcen
	- Evtl. Technische Hochschule für die technische Unterstützung
	- Ansprechperson/ KoordinatorIn
Kernaufgaben	- Absprachen aller Beteiligten zu Form, Themen, Umfang,
Kernadigaben	benötigten Sprachen
	,
	- Finanzierung sichern
	- Recherche und Zusammenführung bereits bestehender
	Onlineangebote (z.B. Stadt Brandenburg oder
	Flüchtlingsnetzwerk)
	- Koordination und Vernetzung der Plattform (ggf. durch die THB)
	- Regelmäßige Aktualisierung durch Netzwerkpartner
Bewertungskriterien	- Umfang der aktuellen Informationen
0	- Aktive Nutzung der online Plattform von allen Beteiligten
	(Klickzahlen)
	(NIICKZatilett)

Durch den starken Zuzug von Geflüchteten und die sich in diesem Kontext fortwährenden Änderungen, Erweiterungen und Anpassungen in allen Arbeitsbereichen fällt es den Haupt- und Ehrenamtlichen immer schwerer auf dem neuesten Stand zu bleiben. Das betrifft das Angebot von Deutschkursen und Maßnahmen zur Integration in den Arbeitsmarkt genauso wie die rechtlichen Grundlagen zur Aufnahme einer Ausbildung oder Informationen über mögliche Begegnungsorte.

Zudem besteht der Wunsch vieler Geflüchteter und Menschen mit Migrationshintergrund nach Selbständigkeit. Sie hätten gerne die Möglichkeit, sich eigenständig mit Basisinformationen zu versorgen und nur bei speziellen Fragen weiterführende Beratungsstellen aufzusuchen.

Diese Interessenslagen können durch den Aufbau und die Pflege einer Online-Plattform befriedigt werden. Die Plattform muss thematisch geordnet sein. Zu allen Themenbereichen müssen kurze Übersichten und weiterführende Links zur Verfügung stehen. Einzelne Dokumente wie z.B. Übersichten, Adresslisten oder Checklisten stehen zum Download bereit. Diese können sowohl von den MigrantInnen selbst als auch in der (Verweis)-beratung genutzt werden. Die Plattform soll in einfacher deutscher Sprache und den wichtigsten benötigten Fremdsprachen zugänglich sein.

(ÜM2) Aufbau und Pflege arbeitsbereichsübergreifendes MentorInnen-, bzw. PatInnenprogramm nachhaltig vorgehalten.

Nutzen	 Erleichtertes Miteinander durch die direkte Vernetzung von ehrenamtlich tätigen oder interessierten Personen und Menschen mit Migrationshintergrund oder Fluchterfahrung Schnellere Integration durch Umgang auf Augenhöhe und verkürzte Wege zu Informationen erhöhte Bereitschaft zu ehrenamtlichem Engagement und/oder zur Annahme von Unterstützung auch Menschen mit Migrationshintergrund die sich bereits länger in Brandenburg aufhalten können als Ehrenamtliche gewonnen werden. Anstieg sozialer Kontakte Entlastung der hauptamtlichen Strukturen
Schlüsselpersonen	 Vereine/ Institutionen/ Verbände Ehrenamtliche Ansprechperson/ Koordinatorin
Kernaufgaben	 Vernetzung und Ausbau bereits bestehender Angebote (z.B. Flüchtlingsnetzwerk, PatInnen-Programm der THB, Programm MentIntegra der Berlin-Brandenburgischen Auslandsgesellschaft e.V.) Erhebung von weiteren Bedarfen Angebote an Weiterbildungen und Unterstützungen für Ehrenamtliche in Abstimmungen mit der dritten übergeordneten Maßnahme
Bewertungskriterien	Anstieg der Zahl der PatenschaftenAnstieg der Zahl der Ehrenamtlichen

Der langfristige Ausbau und die Verstetigung bereits bestehender Strukturen im Bereich der ehrenamtlichen Patenschaften sind ein zweites übergeordnetes Ziel und wurden in allen Arbeitsgruppen als dringender Bedarf formuliert.

Häufig sind es kleine Dinge, die stets erneut gefragt werden. Behördengänge erfordern beispielsweise viel Zeit, für die nicht unbedingt die Unterstützung einer Fachkraft nötig ist. Manchmal braucht es nur eine kleine Motivationshilfe, um den Mut zu finden, einem Sportkurs beizutreten oder an einer kulturellen Veranstaltung teilzunehmen.

In all diesen Bereichen können ehrenamtliche MentorInnen hervorragende Unterstützung leisten. Durch die Einbindung von Personen mit Migrationshintergrund und geflüchteten Personen, die schon länger in der Stadt leben, wird das Gefühl der Anerkennung und Integration gefestigt. Darüber hinaus können sie sich in sprachlich schwierigen Situationen unterstützen.

(ÜM3) Vereinfachung der Ehrenamtsarbeit durch Weiterbildungen in den verschiedenen thematischen Bereichen und das Aufzeigen kurzer Wege und Abläufe

Nutzen	- Gewinnung von Sicherheit und Übersichtlichkeit
	- Wissen um eigene Möglichkeiten und Grenzen
	- Kompetenzsteigerung der Ehrenamtlichen
	- Begleitung und Anerkennung für die ehrenamtlich Aktiven
	- Gewinnung weiterer Ehrenamtlicher
	- Kommunikationsverbesserung untereinander

Schlüsselpersonen	 LeiterInnen von Netzwerken und Projekten in der Flüchtlingshilfe Ausländer- und Behindertenbeauftragte Ehrenamtliche
Kernaufgaben	 Dauerhafte Einrichtung einer hauptamtlichen Koordination Abfrage der Bedarfe in Zusammenarbeit mit den aktiven Strukturen Erarbeitung von Angeboten Veröffentlichungen von Checklisten und Veranstaltungsangeboten
Bewertungskriterien	 Gut besuchte Veranstaltungen Click- und Downloadzahlen bei Checklisten Positives Feedback der Ehrenamtlichen Zunahme der ehramtlich Aktiven

Der vielfältige Bedarf an Unterstützungsarbeit im Bereich der Geflüchtetenhilfe konnte und kann nur durch den ehrenamtlichen Einsatz vieler BürgerInnen der Stadt geleistet werden. Darüber hinaus ist, wie bereits bei der obigen Maßnahme (ÜM2) beschrieben, Ehrenamtsarbeit auch ein Garant für einen direkten Austausch, ein Kennenlernen und ein Miteinander auf Augenhöhe. Nur so kann Integration gelingen. Dafür bedarf es neben der Anerkennung der Leistungen der Ehrenamtlichen auch ausreichende, einfach zugängliche Informationen und entsprechende Weiterbildungsangebote. Diese könnten in Teilen mit bei der übergeordneten Maßnahme Eingang finden. Zudem werden Infoveranstaltungen und Weiterbildungen für die Neuakquise und Bindung von Ehrenamtlichen benötigt. Dadurch könnten auch verstärkt Ehrenamtliche mit Migrationshintergrund oder Fluchterfahrung gewonnen werden.

Arbeitsbereich: Soziale Teilhabe, Sport, Kultur und Religion

Ausgangssituation

Die Stadt Brandenburg hielt bereits vor dem Anstieg der Flüchtlingszahlen im Jahr 2015 ein Angebot für die Einwohner der Stadt mit Migrationshintergrund bereit. Mit dem gestiegenen Zuzug von Geflüchteten veränderten und erweiterten sich die Bedarfe. Neue Angebote entstanden, Netzwerke wurden gegründet, Wege wurden gesucht, um den geänderten Ansprüchen gerecht zu werden. Ein Einblick in dieses Handlungsfeld wird in folgendem Beispiel gegeben.

Der Stadtsportbund Brandenburg an der Havel (SSB) fungiert als anerkannter Stützpunktverein des Bundesprogramms 'Integration durch Sport'¹⁰, geleitet durch den Deutschen Olympischen Sport Bund, welcher

bereits seit rund 25 Jahren die Integration von Menschen Migrationshintergrund begleitet und unterstützt. Rund 7 Sportgruppen wurden im Jahr 2016 durch das Programm in der Stadt Brandenburg gefördert.11 Aber auch jenseits dieser geförderten Strukturen wird in den Sportvereinen versucht Integrationsarbeit zu leisten. Besonders stark waren die Bereiche Breitensport, Gesundheit, Kinder- und Jugendarbeit und Seniorenarbeit in diesem Kontext vertreten. Die Netzwerkarbeit wurde vertieft. Unter anderem fand ein Willkommensfest statt, und in den Gemeinschaftsünterkünften wurden verschiedene Sportangebote

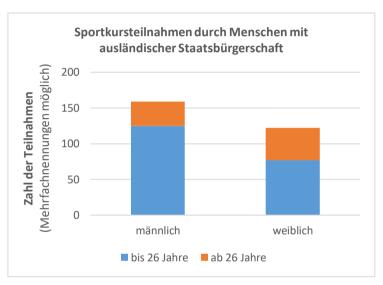


Abb. 4: Sportkursteilnahmen durch Menschen mit ausländischer Staatsbürgerschaft, eigene Darstellung; Quelle: SSB

bereitgestellt. Unter anderem wurden Fitnessräume eingerichtet, die nach Aussagen der Heimleitung kaum frequentiert werden.

2016 hat sich die Zahl der ehrenamtlich engagierten Personen beim Stadtsportbund mit Migrationshintergrund um rund 20 erhöht. In Zusammenarbeit mit den kommunalen Einrichtungen und anderen Sportvereinen wird versucht, geflüchtete Menschen in stärkerem Maße in die bereits bestehenden Sportangebote einzubinden. So sind Geflüchtete im Trainingsbetrieb auch ohne Vereinsmitgliedschaft über den Landessportbund versichert. Ein Blick auf Abb. 3 zeigt, dass sich vor allem Jungen und junge Männer sportlich betätigen. Erstrebenswert wäre eine stärkere Teilnahme an den Sportangeboten aller Geschlechter und Altersgruppen. Angebote und Akquise der Teilnehmenden könnten im Hinblick darauf angepasst werden. Ein positives Beispiel ist die erfolgreiche Durchführung eines Schwimmkurses mit 9 vietnamesischen Frauen im Dezember des Jahres 2016.

Der SSB findet sich als Anlaufpunkt für Sportinteressierte auch auf dem neuen Flyer des Flüchtlingsnetzwerks, auf dem eine Auswahl an Beratungs- und Freizeitmöglichkeiten für geflüchtete Menschen zusammengestellt sind. Das Flüchtlingsnetzwerk veröffentlicht zudem eine Reihe dieser Angebote und einmalige

¹⁰ Siehe: http://www.ssb-brandenburg.de/integration-durch-sport.html (letzter Besuch: 2.12.2017)

¹¹ Sachbericht Stützpunktförderung 2016 des SSB für das Programm ,Integration durch Sport'

Veranstaltungstermine auf seiner Internetseite¹² und über Facebook. Hier finden sich Angebote zu gemeinsamem Gärtnern, über eine Fahrradwerkstatt, die Vermittlung von Deutsch-PatInnen, eine Möbelbörse und viele weitere Offerten.

Eine Vielzahl dieser Angebote werden im Rahmen des Programms "Soziale Stadt" im Stadtgebiet Hohenstücken durchgeführt. Auf die Umsetzung dieses Programms wird im Handlungsfeld Wohnen und Unterkunft genauer eingegangen.

Ziele

(1) Das kulturelle Leben in Brandenburg a. d. Havel wird durch die stärkere Teilnahme von Menschen mit Migrations- und Fluchthintergrund bereichert. Die Vorbereitung und Gestaltung der Veranstaltungen erfolgt gemeinsam mit allen Zielgruppen.

Vorteile

- Niedrigschwelliges, gegenseitiges Kennenlernen von Personen unabhängig von ihrer Herkunft
- Teilnahme an kulturellen Veranstaltungen als wichtiger Bestandteil der Integration
- Bedarfe aller Beteiligter werden bei der Planung eingebracht
- Miteinander auf Augenhöhe wird gefördert

Zeitliche Umsetzung & Überprüfbarkeit

- Abfrage der Bedarfe, inhaltlich und räumlich
- Kontinuierliche Fortsetzung und Förderung des bereits bestehenden Angebots
- Erhöhung der Veranstaltungs- und Teilnehmendenzahlen
- (2) Angebote in Sport und Kultur werden transparent für alle kommuniziert, präsentiert und zugänglich gemacht.

Vorteile

- Erhöhung der Nutzung vorhandener Angebote
- Sprachförderung und Ausbau sozialer Kompetenzen durch die regelmäßige Teilnahme an Kulturund Sportangeboten
- bessere Integration in die Stadtgesellschaft durch Begegnung mit der anderen Bevölkerungsgruppen und soziales Wohlbefinden
- Adressatengerechte Werbung

Zeitliche Umsetzung & Überprüfbarkeit

- Innerhalb eines Halbjahres: Online-Präsentation (z.B. im Kontext der übergeordneten Maßnahme ÜM1)
- Fortlaufende, regelmäßige Aktualisierung der Angebote
- Zuwachs von Teilnehmenden- und Zuschauerzahlen in Vereinen und bei Veranstaltungen
 (jährlicher Vergleich möglich; Kulturjahr und Sportjahr getrennt voneinander betrachten)
- Höhere Heterogenität der Teilnehmenden in den Veranstaltungen und Kursen

¹² Siehe: http://www.fluechtlingsnetzwerk-brandenburg.de/

(3) In der Stadt Brandenburg werden Haupt- und Ehrenamtliche, die mit MigrantInnen und Geflüchteten zusammen arbeiten durch Angebote im Bereich interkultureller Schulungen und Supervision unterstützt.

Vorteile

- gesteigerte Empathie gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund aufgrund gesteigerten Verständnisses
- Haupt- und Ehrenamtliche nehmen die Wichtigkeit interkultureller Fähigkeiten wahr
- Verbesserung der Kommunikation miteinander findet statt und erleichtert die Unterstützungsarbeit
- besseres Verständnis und Akzeptanz der erklärten Systeme und Regelwerke
- Anerkennung und Würdigung von Ehrenamt

Zeitliche Umsetzung & Überprüfbarkeit

- ab Juni 2018: Angebotskatalog erstellt (evtl. Einpflege in Online-Plattform, siehe ÜM1 & ÜM3)
- Kontinuierlich: Angebote einstellen und pflegen
- Angebote finden mit festgelegten Teilnehmendenzahlen statt
- (4) Jegliche gemeinsame Religionsausübung ist transparent und sprachlich für alle verständlich. Die Errichtung multireligiöser Friedhöfe wird im Rahmen der religiösen Kommunikation thematisiert.

Vorteile

- Abbau von Vorurteilen und Feindlichkeit gegenüber "Fremden"
- Gegenseitiges Kennen- und Verstehenlernen auf Augenhöhe wird gefördert
- interkulturelle Verständigung durch Religion kann stattfinden

Zeitliche Umsetzung & Überprüfbarkeit

- kontinuierliche Umsetzung im interreligiösen Dialog
- Stattfinden interreligiöser Begegnungsveranstaltungen

Maßnahmenvorschläge

(a) Unterstützung und Begleitung von Patenschaften zwischen Mitgliedern von Sportvereinen und Geflüchteten. (Eventuell kann eine Person als ehrenamtlicher Sport- und Kulturscout – gerne mit eigenem Migrationshintergrund)

Nutzen	- Schnellerer Spracherwerb
	- Aufbau von Freundschaften
	- Stärkung der Gesundheit und des Selbstbewusstseins
Schlüsselpersonen	- Vereine und aktive SportlerInnen
	- Stadtsportbund und Fachgebiet Sport zur organisatorischen
	Umsetzung
Kernaufgaben	- Aufsuchen von kooperierenden Vereinen zur Initiierung der
	Patenschaften (evtl. im Kontext der Umsetzung der
	übergeordneten Maßnahme ÜM2)
	- Bewerben der Patenschaften
	- Begleitung der Patenschaften
Bewertungskriterien	- Steigende Zahl der Patenschaften
	- Steigende Teilnehmendenzahlen
	- Steigende Mitgliederzahlen der Vereine

(b) Regelmäßige Durchführung fachlicher Schulungen für die Mitarbeitenden der Verwaltungsstrukturen zu interkulturellen Kompetenzen, kultursensibler Kommunikation und leichter Sprache

Nutzen	 Erhöhtes Verständnis für die Situation der betreuten Personen Verbesserte Kommunikation mit den betreuten Personen Vertrauensbildung
Schlüsselpersonen	 Institutionelle Verwaltungen (z.B. Fachbereich (FB) für Jugend und Soziales, FB für Kultur, Ausländerbehörde Ordnungsamt, Jobcenter, Arbeitsamt) als OrganisatorInnen und Teilnehmende Anbieter von Schulungen (z.B. RAA¹³ und FaZiT¹⁴)
Kernaufgaben	 Inhaltliche und zeitliche Bedarfe der Zielgruppen erheben Passende Weiterbildungsangebote finden Schulungen mit der benötigten Frequenz und Vielfalt durchführen
Bewertungskriterien	 Schnellere Vermittlung, bzw. Inanspruchnahme von Leistungen Positives Feedback

(c) Darstellung der Vielfalt der Einwohnerschaft der Stadt Brandenburg an einem öffentlichen Platz, ohne Fokus auf Herkunft oder Religion – Vorschlag Vielfaltsuhr (digitale Anzeige von Statistiken zur aktuellen Einwohnerschaft)

- Vielfalt als eine sich durch alle Lebensbereiche ziehende Realität
sichtbar machen durch weiter Fächerung der dargestellten Statistiken (z.B.: Zahl der KleingärtnerInnen, Schwerbehinderte, Hortkinder, Hunderjährige, SyrerInnen, Neugeborene, Sportvereinsmitglieder, Muslime, Christen) Erkenntnis: Es gibt mehr Unterschiede und Vielfalt in unserer Stadtgesellschaft als deutsch und nichtdeutsch Gewissheit für JedeN, eine besonderer Teil einer gemeinsamen Stadtgesellschaft zu sein
- Stadtverwaltung arbeitet Statistiken zu
 Inhaltliche und technische Umsetzung Technische Pflege Jährliche Einpflege aktuellen Datenmaterials
- Zahlen tauchen in der innerstädtischen Kommunikation auf

(d) Prüfung der Einrichtung einer Mobilitätsflatrate im Stadtgebiet für Geflüchtete unabhängig von ihrem Status um mehr soziale Teilhabe zu ermöglichen

Nutzen	 Verbesserte soziale und gesellschaftliche Teilhabe durch freie Bewegung in der Stadt Schnellere Vermittlung in Kinderbetreuung und bessere Verteilung auf die Kitas der verschiedenen Stadtteile Schnellere Integration durch mehr Teilhabemöglichkeiten, Flexibilität, Verfügbarkeit
--------	---

¹³ Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie

¹⁴ Fachberatungsdienst Zuwanderung, Integration und Toleranz

Schlüsselpersonen	SozialbeigeordneteR der StadtVerkehrsbetriebe Brandenburg
Kernaufgaben	 Absprachen zu den möglichen Konditionen der Umsetzung Beschluss der SVV
Bewertungskriterien	 Mehr Teilnehmende an Veranstaltungen des öffentlichen Lebens Schnellere Vermittlung in Deutschkurse und zu Weiterbildungsangeboten

(e) Schaffung und Pflege eines mehrsprachigen Online-Veranstaltungskalenders bezüglich der Bereiche Sport und Kultur für alle BürgerInnen der Stadt

Nutzen	 Bessere Sichtbarkeit und Auffindbarkeit der aktuellen Angebote Einfacherer Zugang für alle InteressentInnen Erhöhte Teilnehmendenzahlen aus allen Bevölkerungsteilen Verbesserte Integration via Begegnung
Schlüsselpersonen	- Fachbereich Kultur - Stadtsportbund
Kernaufgaben	 Aufbau und Bereitstellung der Online-Plattform (als Teil der Maßnahme ÜM1) Festlegen von Verantwortlichkeiten und Zugängen gemeinsames Sammeln und Bereitstellen aller innerstädtischen Veranstaltungen Kontinuierliche Pflege der Internetseite (kulturelle und sportliche Vernetzung, Übersetzung, Einarbeitung)
Bewertungskriterien	 Erhöhte TN-Zahlen bei den Veranstaltungen insgesamt Erhöhte Zahl TN mit Migrationshintergrund Klickzahlen

(f) Interaktive Einbeziehung des Themenbereichs 'Soziales Leben in der Stadt Brandenburg' in den Unterricht Deutsch als Zweitsprache / Erarbeitung eines Curriculums

Nutzen	 Schnellere Integration durch vereinfachte Orientierung und Teilhabe am sozialen Leben Stärkere Identifikation mit der neuen Heimat Möglichkeit der Bedarfserhebung für Angebote im Bereich Kultur und Sport
Schlüsselpersonen	 Träger der Flüchtlingshilfe, FB Kultur, Stadtsportbund zur Erarbeitung der benötigten Inhalte Sprachkursträger zur Erarbeitung und Nutzung des Curriculums
Kernaufgaben	 Treffen aller Schlüsselpersonen Festlegung von Inhalt, Form und Verantwortlichkeit Erschließen einer Finanzierung Konzepterarbeitung und –verteilung
Bewertungskriterien	 Nutzung in den Kursen Rückmeldungen aus den Kursen von Lehrenden und Teilnehmenden

(g) Öffnung von Orten der Religionsausübung für regelmäßige Treffen zum interreligiösen Dialog

Nutzen	 Kommunikation miteinander statt übereinander Abbau von Vorurteilen durch erhöhte Transparenz Austausch, Annäherung und Akzeptanz
Schlüsselpersonen	 Vorstehende der religiösen Gemeinschaften Unabhängige Vermittlungsperson (evtl. Schaffung einer Stelle in der Stadtverwaltung)
Kernaufgaben	 Festlegung/ Schaffung einer Vermittlungsstelle Gemeinsame Treffen der ReligionsvertreterInnen Festlegung von Zielen, Inhalten, Orten, Zeiten,
Bewertungskriterien	 Zahl der Treffen Zahl der Veranstaltungen Zahl der Teilnehmenden aller Glaubensrichtungen

(h) Gemeinsame Erarbeitung und Präsentation einer Ausstellung zu Weltreligionen, Weltfrieden, Weltethos 15

Nutzen	 Interreligiöser Austausch Gegenseitiges Kennenlernen & Abbau von Vorurteilen Gemeinsame Erarbeitung von Inhalten -> Zusammenarbeit auf Augenhöhe Sichtbarmachung religiöser Vielfalt
Schlüsselpersonen	 VertreterInnen der Glaubensrichtungen (nicht nur RepräsentantInnen, sondern auch Gemeindemitglieder) Atheisten
Kernaufgaben	 Einbeziehung der NeubrandenburgerInnen Initiierung und regelmäßige Treffen einer interreligiösen Vorbereitungsgruppe Erstellung und Präsentation
Bewertungskriterien	 Öffentliche Wahrnehmung, z.B. im Medienspiegel Prozessbeteiligung (Welche Religionsgruppen sind vertreten? Wie viele Personen sind involviert?) Zahl der Ausstellungsbesuche

¹⁵ Ideengebend war diese Ausstellung: http://anders-als-du-glaubst/

Arbeitsbereich Gesundheit

Ausgangssituation

Besonderes Augenmerk der Arbeitsgruppe im Bereich Gesundheit galt der gesundheitlichen Versorgung der Geflüchteten. Die starke Zunahme von Flüchtlingen seit 2015 hat die Kommune vor eine unvorhersehbare aber dringlich zu bewältigende Aufgabe gestellt. Für die physische und psychische Gesundheit der Geflüchteten ist eine stabile gesundheitliche Versorgung die Basis. Jenseits davon ist sie, z.B. im Hinblick auf das Impfsystem, auch für den dauerhaften Erhalt der bestehenden gesundheitlichen Stabilität von immanenter Wichtigkeit.

Rund 10-15 ÄrztInnen haben sich in der Stadt Brandenburg von Anfang an aktiv um die Behandlung der Geflüchteten gekümmert, trotz der damals schwierigen Abrechnungslage und den immensen Sprachproblemen. Die kurzfristige Einrichtung einer Interkulturellen Arztpraxis in der Gemeinschaftsunterkunft Upstallstraße durch Dr. Schmidtchen, welche bei Sprachproblemen unterstützt wird durch den ehrenamtlichen Verein Sprachkultur e.V., hat zu einer starken Entlastung der ortsansässigen Ärzte geführt.

Mit der Einführung der elektronischen Chipkarte in Brandenburg an der Havel am 1. April 2017 wurde das Abrechnungsproblem gelöst. Möglicher Umfang und Abrechnung der Leistungen bei der Behandlung von geflüchteten Menschen in den ersten 15 Monaten, nach der Erstaufnahme und vor dem standardmäßigen Übergang in das Analog-Leistungssystem, sind damit geklärt. Das Land Brandenburg übernimmt sämtliche Kosten die bei der medizinischen Versorgung von geflüchteten Menschen entstehen. Ein Praxisleitfaden der Kassenärztlichen Vereinigung erläutert die Details.¹⁶

In der psychiatrischen Institutsambulanz (PIA) des Asklepios Klinikum bewegt sich die Zahl der behandelten geflüchteten Menschen bei rund 30 Personen, mit nur geringen Fluktuationen. Stark vertretene zu behandelnde Symptome sind Schlafstörungen oder depressive Verstimmungen – häufig im Zusammenhang mit der Unterbringung in der Gemeinschaftsunterkunft.

Eine Traumabehandlung kann derzeit nicht stattfinden, da es in der PIA keine Subspezialisierung für Traumabehandlung gibt. Darüber hinaus verunmöglichen die Sprachbarrieren eine Psychotherapie. Bei Feststellung eines entsprechenden Bedarfs wird an die zuständigen Zentren in Berlin verwiesen.¹⁷

Eines der drängendsten Probleme ist die Verständigung. Es kommt zu erhebliche Qualitätsverlusten in der Medizin wenn Dolmetscherinnen fehlen. Das spielt zum einen bei der Erläuterung messbarer Werte eine Rolle, ist aber auch von enormer Wichtigkeit bei Fragen zur Lebensführung – z.B. Psychosomatik in Stresssituationen oder bei der kulturell bedingt unterschiedlichen Bewertung von Symptomen.

Während die Dolmetscherleistungen im Gesundheitsbereich für alle Personen ohne Bleiberecht durch die Stadt erstattet werden, erhalten die Menschen mit Bleiberecht keine Finanzierung. Denkbar wäre die Einrichtung eines Fonds für besondere Fälle, den es z.B. in der Landeshauptstadt Potsdam gibt.

¹⁶ https://www.kvbb.de/fileadmin/kvbb/dam/praxis/service/2017/praxisleitfaden_asyl.pdf

¹⁷ Angaben It. Auskunft der PIA des Asklepios Klinikum

Arbeitsbereich Gesundheit 20

Ziele

(1) Menschen mit Migrationshintergrund sind über das Gesundheitssystem informiert und besitzen einen niedrigschwelligen Zugang zu Informationen in mehreren Sprachen zu familiärer und ärztlicher Versorgung sowie zu pflegerischen und betreuerischen Maßnahmen.

Vorteile

- Nutzbar für alle EinwohnerInnen der Stadt Brandenburg
- Geringere Hemmschwelle bei Inanspruchnahme medizinischer und pflegerischer Leistungen
- Verbesserte Prävention
- Entlastung aller Beteiligten durch eine gezieltere Nutzung vorhandener Angebot

Zeitliche Umsetzung & Überprüfbarkeit

- bis 2020 in einfachem Deutsch und in den fünf am häufigsten benötigten Sprachen, gegebenenfalls in Teilschritten
- messbar anhand erhöhter Inanspruchnahme von Vorsorgeuntersuchungen durch Menschen mit Migrationshintergrund und durch Geflüchtete
- messbar anhand des Rückgangs der An- und Nachfragen bei allgemeinen Beratungsstellen
- (2) Eine stabile und langfristige Überwindung des Sprachproblems in der gesundheitlichen Betreuung ist erreicht.

Vorteile

- Verstärkte Nutzung der Angebote durch niedrigschwelligen Zugang
- Abbau von Ängsten und Unsicherheiten
- Aufbau von Vertrauensverhältnissen zwischen ÄrztInnen und PatientInnen
- Verbesserung in der Kommunikation bei Behandlung und Überweisung
- Schnellere und genauere Diagnosen führen zu besseren Behandlungserfolgen

Zeitliche Umsetzung & Überprüfbarkeit

- kommunale Förderung kann die regelmäßige Bereitstellung eines Dolmetscherdienstes innerhalb eines Jahres ermöglichen

(3) Kultursensible Pflege¹⁸ im Alter ist bereitgestellt.

Vorteile

- Verwirklichung der Teilhabe älterer MigrantInnen durch Anpassung der Angebote und Maßnahmen in Orientierung an die individuellen Bedarfe
- Förderung des Vertrauens innerhalb des Pflegeverhältnisses
- Erleichtertes Miteinander durch beidseitige Bereitschaft in der Pflege

Zeitliche Umsetzung & Überprüfbarkeit

- ab sofort als Anspruch an Ausbildung und Weiterbildung im Pflegebereich
- messbar durch regelmäßige Evaluationen der Zufriedenheit von Pflegepersonal und Gepflegten nach längerer Zeit
- erkennbar durch die gleichmäßige Verteilung von Gepflegten mit Migrationshintergrund auf die verschiedenen Pflegeeinrichtungen der Stadt Brandenburg

-

¹⁸ Siehe Glossar im Anhang

(4) Es besteht eine enge Zusammenarbeit zwischen allen Leistungserbringenden und die Verantwortlichkeiten sind geklärt.

Vorteile

- Menschen mit Migrationshintergrund irren nicht mehr hilflos im System umher
- Leistungserbringende werden von unnötigen Tätigkeiten entlastet
- Leistungen können reibungslos und zeitnah in Anspruch genommen werden

Zeitliche Umsetzung & Überprüfbarkeit

- Initiation durch ein Zusammentreffen aller Beteiligten und Erarbeitung der dafür nötigen Instrumente innerhalb des nächsten halben Jahres
- Umsetzung in Ergänzung zu Ziel (1) erscheint sinnvoll
- (5) Das medizinische Personal ist gegenüber soziokulturellen Hintergründen, Fluchtursachen und –gründen, Flucht-Traumata, und dem Leben in Gemeinschaftsunterkünften sensibilisiert.

Vorteile

- verbesserte Kommunikation und achtsamer Umgang mit Betroffenen
- Abbau von Hemmungen und mehr gegenseitiges Verständnis (z.B. Ablehnung von Ärztinnen, keine Tabletteneinnahme an Ramadan)
- Erhöhte Heilungserfolge durch bessere zwischenmenschliche Beziehungen
- Verbesserung der Compliance
- Schnellere Verweisberatung bei Traumaverdacht

Zeitliche Umsetzung & Überprüfbarkeit

- Bedarfserschließung muss gemeinsam mit den VertreterInnen der medizinischen Akteure stattfinden (innerhalb von 6 Monaten)
- Erarbeitung und Bereitstellung von entsprechende Angeboten innerhalb eines Jahres
- Nutzung der Angebote
- (6) Eine enge Zusammenarbeit von medizinischem Personal und Sozialarbeitenden mit Gesundheitsämtern und Anlaufstellen für die Beratung zu sexuell übertragbaren Krankheiten und HIV/AIDS ist hergestellt.

Vorteile

- Schnellere und effektivere (Verweis-) Beratung
- Verbesserung von Prävention und Therapie
- vermehrte Heilungs- und Therapieerfolge

Zeitliche Umsetzung & Überprüfbarkeit

- Absprachen aller beteiligten Akteure zu den jeweiligen Bedarfen und Fehlstellen in der Kommunikation und deren Bekämpfung innerhalb eines Jahres
- Rückgang der Zahl der Neuinfektionen im Jahresvergleich
- (7) Die Versorgung von Geflüchteten und Menschen mit Migrationshintergrund durch Hebammen ist nachhaltig sichergestellt.

Vorteile

Arbeitsbereich Gesundheit 22

entspannter und angstfreier Umgang mit Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett

Zeitliche Umsetzung & Überprüfbarkeit

- ab sofort mit jährlicher Prüfung
- messbar anhand eines festzulegenden Betreuungsschlüssels

(8) Es besteht ein Verständnis für kulturell, religiös oder sozialisierungsbedingt abweichende Gesundheitsbilder bei dem medizinischen Personal.

Vorteile

- besseren Verständnis des Verhalten von Menschen mit Migrationshintergrund und Geflüchteten durch medizinisches Personal
- besseres und respektvolles Miteinander während der Behandlung
- mehr Vertrauen und ein höherer Beratungserfolg

Zeitliche Umsetzung & Überprüfbarkeit

- Recherche und Unterbreitung entsprechender Angebote
- messbar durch erhöhte Angebots- und Nachfrage- und Absolventenzahlen für Weiterbildungen

(9) Die Trauma - Betreuung für geflüchteten Menschen ist intensiviert.

Vorteile

- gezieltere Inanspruchnahme psychologischer und psychiatrischer Leistungen
- zeitnahe Überweisung an entsprechend qualifizierte Einrichtungen in Berlin
- schnellere Erstellung von Gutachten, die für die Arbeit der Ausländerbehörde relevant sind
- Erhöhung der psychischen Stabilität betroffener Menschen

Zeitliche Umsetzung & Überprüfbarkeit

messbar anhand des Rückgangs der Noteinweisungen und Notbehandlungen im Asklepios
 Fachklinikum Brandenburg

(10) Niedergelassene ÄrztInnen sind gegenüber dem Thema Transsexualität sensibilisiert.

Vorteile

- Gleichbehandlung und fairer Umgang mit allen Menschen
- Möglichkeiten zur Identitätsumsetzung
- Zielgruppe fühlt sich ernstgenommen
- Schnellere Verweisberatung nach Berlin

Zeitliche Umsetzung & Überprüfbarkeit

- Informationsweitergabe zu Weiterbildungen und Behandlungsstellen innerhalb von 3 Monaten
- messbar anhand einer Steigerung der Outingrate und geschlechtsangleichender Behandlungen

Maßnahmenvorschläge

(a) Erstellung eines mehrsprachigen Ärztewegweisers (gedruckt und online) mit Hinweis auf Mehrsprachigkeit der Ärzte und des Praxispersonals

Nutzen	 Information über ärztliche Versorgung, Behandlung und Therapie
	für alle nutzbar
	- Erhöhte Selbständigkeit bei der Suche nach medizinischer
	Versorgung
	- Entlastung der SozialarbeiterInnen und Beratungsstrukturen
	- Einfache Einbindung und Bündelung bereits bestehender
	Angebote (z.B. Gesundheitsheft tip doc für Asylbewerber) ¹⁹
	- Überblick über Praxen mit fremdsprachigem Personal
Schlüsselpersonen	- Ärzte und medizinisches Personal für Zuarbeit und Austausch
	(evtl. in Zusammenarbeit mit Verein ,Gesund in Brandenburg',
	welcher bereits ein deutschsprachiges Portal zum
	Gesundheitsangebot in der Stadt besitzt)
	- DolmetscherInnen, SprachmittlerInnen
Kernaufgaben	- Recherche und Übersetzung des bereits bestehenden Materials
	- Prüfen inwieweit die Plattform
	http://www.gesundinbrandenburg.com des Vereins Gesund in
	Brandenburg e.V. dafür als Basis genommen werden kann
	- Evaluierung der gesprochenen Sprachen in Praxen
	- Einbindung in allgemeine Plattform, siehe übergreifende
	Maßnahme ÜM1
	 Verteilung des Materials
Bewertungskriterien	- Erhöhter Wissenserwerb
-	- Nutzung des Wegweisers (Klickzahlen)

(b) Aufbau und nachhaltige Finanzierung eines Pools für DolmetscherInnen im Gesundheitsbereich für eine professionelle Vermittlung zwischen ÄrztInnen und PatientInnen

Nutzen	- bessere Kommunikation zwischen Arzt/Ärztin und PatientIn
	- Aufbau eines Vertrauensverhältnisses
	- Angstfreie Arztbesuche
	 Passgenaue Behandlung und/oder Beratung
	 Vorbeugung sexuell übertragbarer Krankheiten
Schlüsselpersonen	- SprachmitllerInnen
	- Ärztinnen
	- PatientInnen
Kernaufgaben	- Klärung der Finanzierung (siehe Ausgangssituation)
	- Evtl. Einrichtung von Sprachkursen: Medizinisches Deutsch
Bewertungskriterien	- Passgenaue Behandlungen
	- Erhöhte Zufriedenheit des medizinischen Personals und der
	PatientInnen

¹⁹ https://www.stadt-brandenburg.de/fileadmin/pdf/00/Auslaender/Gesundheitsheft Asyl.pdf (17.07.2017)

Arbeitsbereich Gesundheit 24

(c) Prüfauftrag: Unter welchen Umständen ist es möglich, die interkulturelle Arztpraxis in der Gemeinschaftsunterkunft in der Upstallstraße zu erhalten?

Nutzen	 Durch Zusammenarbeit mit dem Verein Sprachkultur e.V und der Lage in der Gemeinschaftsunterkunft Upstallstraße sehr niedrigschwelliges Angebot in mehreren Sprachen Verbesserung der medizinischen Versorgung von Geflüchteten Entlastung des ärztlichen Personals in Praxen Schnellere ärztliche Versorgung in der Unterkunft
Schlüsselpersonen	Dr. Axel SchmidtchenStadtverordnetenversammlung
Kernaufgaben	 Klärung der zukünftigen Finanzierung Sicherstellung der Räumlichkeiten Bekanntmachung bei Geflüchteten Sicherstellung des Übergangs in die Regelversorgung
Bewertungskriterien	 Antragstellung bei der SVV Kostenaufstellung Nutzung der Arztpraxis

(d) Sensibilisierung von professionellem Fachpersonal für einen empathischen Umgang mit traumatisierten Geflüchteten anhand von Fortbildungen

Nutzen	- Wahrnehmung von Traumatisierungen
	- Sensibler und empathischer Umgang
	- Weiterleitung an spezialisierte ärztliche Beratung
	- Frühzeitige passgenaue Behandlung
Schlüsselpersonen	- Professionelles Fachpersonal in Unterkünften und Verwaltung
	- Kontaktpersonen in der Weiterbildung
Kernaufgaben	- Schaffung von Fortbildungsmöglichkeiten
	- Klärung der Finanzierung
	- Öffentlichkeitsarbeit zur Teilhabe
	 Verdeutlichung der Relevanz
Bewertungskriterien	- Sicherer Umgang im Arbeitskontext mit traumatisierten
	Geflüchteten
	- Häufigere Inanspruchnahme von psychologischer Betreuung
	durch Geflüchtete

(e) Erstellung und Verteilung eines Informationsblattes zur Hebammentätigkeit während Schwangerschaft und Wochenbett in mehreren Sprachen

Nutzen	 Bekanntmachung der Hebammentätigkeit Ermöglichung selbständiger Information und Herstellung von Kontakten Zeitnahe Betreuung durch die Hebamme Erhöhte Wahrnehmung von Schwangeren Erleichterte Zusammenarbeit mit geringerer Hemmschwelle
Schlüsselpersonen	 Hebammen für die Zuarbeit DolmetscherInnen für Übersetzung Vorübergehende Koordinationsstelle

Kernaufgaben	 Erstellung einer mehrsprachigen Informationsbroschüre Übersetzung Verteilung und Bekanntmachung in Frauenarztpraxen, Gemeinschaftsunterkünften, Kindergärten, im Jobcenter und weiteren öffentlichen Verwaltungen
Bewertungskriterien	 Wahrnehmung der Angebote Etablierung der Nutzung von Hebammen unter den Geflüchteten Steigende Teilnahmezahlen in Vorbereitungskursen, Nachbereitungskursen, beim Babyschwimmen etc.

(f) Erstellung/ Nutzung von mehrsprachigen Anamnesebögen in den Arztpraxen und Krankenhäusern

Nutzen	- Verminderung der sprachlichen Differenzen im Erstkontakt
	- Gewährleistung einer professionellen ärztlichen Betreuung
	- Erhöhte Partizipation
Schlüsselpersonen	- Medizinisches Personal
	- DolmetscherInnen
Kernaufgaben	- Bedarfsermittlung im medizinischen Netzwerk
	- Recherche bereits vorhandener Materialien ²⁰
	- Gegebenenfalls ergänzende Erstellung von mehrsprachigen
	Anamnesebögen
	 Verteilung und Bekanntmachung in Praxen und Krankenhäusern
Bewertungskriterien	- Großflächige Benutzung
	- Höhere Zufriedenheit

(g) Erstellung und Einsatz von Karten mit den wichtigsten Fragen/Anweisungen in verschiedenen Sprachen für den Einsatz in Rettungsdienst- und Feuerwehrfahrzeugen

Nutzen	 Verminderung der Angstgefühle bei den verletzten oder erkrankten Personen
	- Schnelle und adäquate Versorgung im Notfall
	- Erhöhte Sicherheit beim Rettungspersonal, Menschen mit
	anderem Sprachhintergrund angemessen helfen zu können
Schlüsselpersonen	- Medizinisches Personal der Einsatzfahrzeuge
	- DolmetscherInnen
Kernaufgaben	- Erarbeitung der benötigten Karten
	- Übersetzung und Druck
	 Verteilung und Schulung im Umgang mit dem Instrument
Bewertungskriterien	- Nutzung der Karten
	- Schnellere Erstdiagnosen

²⁰ Siehe z.B. Landesärztekammer 09/tipdoc/index.html (Zugriff: 11.12.2017)

Baden-Württemburg: http://www.aerztekammer-bw.de/news/2015/2015-2015

Arbeitsbereich Wohnen und Unterkunft

Ausgangssituation

Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit sind sehr ungleichmäßig auf die Stadtgebiete Brandenburgs verteilt. Wie in Abbildung 5 zu erkennen ist, weist der Stadtteil Hohenstücken mit rund 13% den weitaus

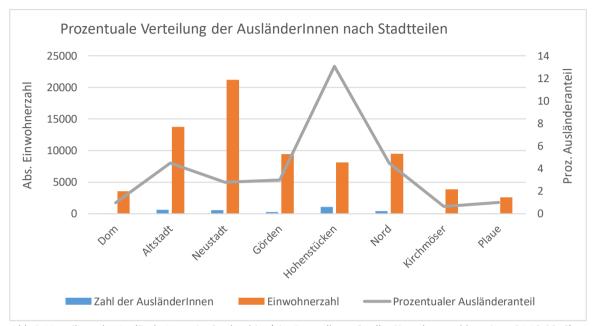


Abb.5: Verteilung der AusländerInnen im Stadtgebiet (eig. Darstellung, Quelle: Einwohnermelderegister 31.12.2016)

höchsten prozentualen Anteil an ausländischen MitbürgerInnen aus. Brandenburg Nord und Brandenburg Altstadt folgen mit jeweils nur noch rund 4,5% Anteil an ausländischer Bevölkerung. Der hohe Prozentsatz in Brandenburg-Nord kommt allerdings fast ausschließlich durch die BewohnerInnen der Gemeinschaftsunterkünfte Upstallstraße und Flämingstraße zustande.

In der Stadt Brandenburg gibt es momentan drei Gemeinschaftsunterkünfte. Diese befinden sich in der Flämingstraße 17 (Brandenburg Nord), in der Upstallstraße 13 (Brandenburg Nord) und der Fohrder Landstraße 11 (Hohenstücken). Im September 2017 lebten dort insgesamt 479 Menschen. Von diesen BewohnerInnen erhielten 306 Personen Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG).

Weitere 150 Personen lebten in Verbundwohnungen. Von ihnen bezogen 92 Personen Leistungen nach dem AsylbLG.

Eine mögliche Erklärung für die hohe Konzentration von Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft in Hohenstücken sind die dortigen relativ geringen Mieten von 4,72€/m². Am zweitgünstigsten ist die Miete in Brandenburg Altstadt mit 5,62€/m².²¹

Zahlreiche Angebote für die dortigen StadtteilbewohnerInnen bietet das Bürgerhaus Hohenstücken.²² Es versteht sich als Vernetzungsstelle für Vereine und Projekte und als soziokulturelles Zentrum des Stadtteils. Hier haben auch einige der Vereine und Einrichtungen ihren Sitz, die in der Geflüchtetenhilfe und der Zusammenarbeit mit Menschen mit Migrationshintergrund aktiv sind. Diese Einrichtung ist eines der Ergebnisse

²¹ Siehe: Mietpreisspiegel Brandenburg an der Havel 2017

²² Siehe: http://www.buergerhaus-hohenstuecken.de

der Umsetzung des Handlungskonzepts 'Die Soziale Stadt Brandenburg an der Havel / Wohngebiet Hohenstücken', finanziert durch das Bundesprogramm Soziale Stadt.²³

Das Quartiersmanagement Hohenstücken hatte bereits 2015 mit der Flüchtlingsnotunterkunft in der Sophienstraße und später mit dem Übergangswohnheim in der Upstallstraße Kontakt aufgenommen und Kooperationsbereitschaft signalisiert. Ergebnisse dieser gemeinsamen Bemühungen sind die Teilnahme von Geflüchteten an öffentlichen Veranstaltungen des Quartiersmanagements, gemeinsame Aktivitäten mit der Stadtteilbibliothek und dem Frauen- und Familienzentrum, wie z.B. Lesungen & Kreativwerkstätten. Viele Geflüchtete haben sich mittlerweile in der Bibliothek angemeldet und verbringen dort Zeit. Die Kleiderkammer des Frauen- und Familienzentrums wird stark genutzt.

Das Bürgerhaus hat sich für die Geflüchteten zu einer wichtigen Anlaufstelle im Stadtteil entwickelt. Dafür wurden zweisprachige Flyer in Deutsch und Englisch erstellt, Vereine die mit MigrantInnen arbeiten wurden angesprochen und eingebunden, und es wurde um eine direkte Mitarbeit von MigrantInnen im Stadtteilbreirat geworben. Ab 2018 ist die Tafel des DRK unterstützt von einer Gruppe Migrantinnen wöchentlich im Anwohnertreff des Bürgerhauses aktiv.

Ausstehende politische Entscheidungen zum Familiennachzug führen besonders im Arbeitsbereich Wohnen und Unterkunft zu Planungsunsicherheiten. Mit Stand Dezember 2017 gilt: "Asylberechtigte Schutzberechtigte, denen die Flüchtlingseigenschaft oder subsidiärer Schutz zuerkannt worden ist, haben das Recht auf privilegierten Familiennachzug. Das bedeutet, dass kein Nachweis der Lebensunterhaltssicherung und ausreichenden Wohnraums als Voraussetzung für die Einreise der Familienangehörigen notwendig ist. Dies gilt für den Nachzug der Ehegattin bzw. des Ehegatten und der minderjährigen ledigen Kinder. (..) Für subsidiär Schutzberechtigte deren Aufenthaltserlaubnis nach dem 17.03.2016 erteilt worden ist, gilt eine Übergangsfrist von zwei Jahren. In dieser Zeit kann kein Familiennachzug erfolgen. Nach dem 16. März 2018 ist ein Familiennachzug wieder erlaubt. In diesen Fällen beginnt die Drei-Monatsfrist für den privilegierten Familiennachzug ab dem 16.03.2018. In besonderen Härtefällen ist eine humanitäre Aufnahme von Familienangehörigen weiterhin möglich.".²⁴

Im Rahmen der momentan laufenden Verhandlungen zur Bildung einer neuen Regierung wird über die Verlängerung der Aussetzung des Familiennachzugs diskutiert. Eine diesbezügliche Entscheidung hätte direkten Einfluss auf die Bedarfe im Arbeitsbereich Wohnen und Unterkunft.

Ziele

(1) Die Versorgung mit Wohnraum für MigrantInnen und Geflüchtete erfolgt gleich verteilt im gesamten Stadtgebiet.

Vorteile

- Erleichterte Integration durch vielfältige Nachbarschaften
- Gleichmäßigere Verteilung von Kindern und Jugendlichen auf die Kindertagesbetreuung und Schulen ist möglich
- Vermeidung von Segregation und Konzentration sozialer Probleme

Zeitliche Umsetzung & Überprüfbarkeit

- kontinuierlich bis 2028: jeder untergebrachte Mensch mit Migrationshintergrund und jede untergebrachte Familie ist ein Erfolg
- messbar durch Feststellung des MigrantInnen-Anteils in einzelnen Stadtteilen, proportional zur jeweiligen einheimischen Bevölkerung

²³ Siehe: http://www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/DE/Programm/SozialeStadt/soziale_stadt_node.html

²⁴ Siehe: <a href="http://www.bamf.de/DE/Fluechtlingsschutz/FamilienasylFamilienasylFamilienasyl-familienas

(2) Geflüchtete Menschen werden in Wohnungen bzw. Wohngemeinschaften anstelle von Gemeinschaftsunterkünften untergebracht.

Vorteile

- Verbesserte Integration in die Stadtgesellschaft durch Kontaktaufnahme in neuen Nachbarschaften
- Gefühl des Angekommenseins der Familien in den eigenen vier Wänden
- eine eigene Wohnung als Basis für weitere Integrationsschritte wie Sprache, Weiterbildung, Job oder Schule

Zeitliche Umsetzung & Überprüfbarkeit

- fortlaufende Machbarkeitsprüfungen (u.a. im Hinblick auf gesetzliche Regelungen zu Gruppenunterbringung von Geflohenen die nicht in Wohnungen dürfen; sogenannte Drittstaatenregelung)
- Information und Sensibilisierung von WohnungsvermieterInnen zur Vermietung
- Auszug der Auszugsberechtigten in Wohnungen
- (3) Es werden bedarfsgerechte Wohnungen für Familien bereitgestellt. Die umgebende Infrastruktur wie Erreichbarkeit von Kitas, Schulen, Ärzten, Weiterbildungseinrichtungen und Einzelhandel sind entscheidende Faktoren.

Vorteile

- Verbesserte Möglichkeit der Partizipation an der Stadtgesellschaft
- Bessere Wahrnehmbarkeit von Integrationsangeboten wie Sprachkursen und Ausbildung
- Verbesserung des Zugangs zur Kindertagesbetreuung und damit Integration der Kinder

Zeitliche Umsetzung & Überprüfbarkeit

- Fortlaufende Prüfung der Machbarkeit in Hinblick auf Wohnungsmarkt, Mietpreisspiegel und KdU-Regeln (Kosten durch Unterkunft)
- (4) Sensible, offene und partizipative Nachbarschaftsstrukturen wurden in den einzelnen Quartieren geschaffen. Hier könnte sich an den funktionierenden Strukturen des Quartiersmanagements im Bürgerhaus Hohenstücken orientiert werden.

Vorteile

- angenehmes Miteinander am Wohnort
- Integration durch gelebte Nachbarschaft
- Abbau von Vorurteilen und Ängsten auf allen Seiten
- Bessere Nutzung von Synergieeffekten durch Austausch

Zeitliche Umsetzung & Überprüfbarkeit

- Auftakttreffen der aktiven Strukturen zu Bedarfs- und Entwicklungsgesprächen innerhalb eines Jahres unter Einbindung der Einwohnenschaft
- Einbindung von Patenschaftsprogrammen zur besseren individuellen Verbindung von EinwohnerInnen verschiedener Herkunft (siehe ÜM2)
- Evtl. fortlaufende gemeinsame Ideenwerkstätten
- fortlaufende Weiterentwicklung in Jahresschritten
- gemeinsame kontinuierliche jährliche Überprüfung der Entwicklungen

(5) Diskriminierung von Menschen mit Migrationshintergrund auf dem Wohnungsmarkt ist abgebaut. Menschen haben unabhängig von Ihrer Herkunft die gleichen Chancen Wohnraum zu mieten.

Vorteile

- Diversität wird akzeptiert und nicht mehr als Nachteil ausgelegt
- Vermittlung von Sicherheit durch Kenntnis der anderen Menschen
- Vermeidung von Segregation

Zeitliche Umsetzung & Überprüfbarkeit

- Unterstützung von Vermittlungen durch Beratungsstrukturen und im Rahmen von Patenschaften
- messbar anhand der Anzahl von Wohnungsvermittlungen an Menschen mit Migrationshintergrund
- kontinuierliche Beobachtungen in Jahresschritten

(6) Es findet eine bedarfsorientierte Unterbringung in den Gemeinschaftsunterkünften statt.

Vorteile

- Sicheres Wohnen für Frauen, Kinder und LGBTIQ²⁵-Geflohene
- Möglichkeit auf verschiedene Bedürfnisse einzugehen (z.B. Barrierefreiheit, Wohnungsgröße, Familienverbände)
- Steigerung der Eigenverantwortung
- Weniger Folgekosten durch Verlegung wegen Straftaten oder Überweisungen in Psychiatrie

Zeitliche Umsetzung & Überprüfbarkeit

- messbar anhand der Anzahl der Übergriffe in Gemeinschaftsunterkünften und der Überweisungen in die Psychiatrie vor und nach Umsetzung des Ziels
- terminlich fortlaufender Prozess

Maßnahmenvorschläge

(a) Unterstützung durch eine sozialpädagogische Begleitung von Geflüchteten vor und nach dem Einzug in den eigenen Wohnraum

Nutzen	- Gezielte Wohnraumsuche und begleitete Ansprache von
	VermieterInnen
	- Selbstverantwortung für den eigenen Wohnraum wird gestärkt
	 Verständnis für das System von Wohn- und Nebenkosten wird verbessert
	 Verringerung nachbarschaftlicher Konflikte durch Erläuterung und
	durch Unterstützung bei evtl. Problemlagen
	- Abbau von Unsicherheiten und Vorurteilen bei den Vermietern
	 Verbesserte Integration in das Wohnumfeld
Schlüsselpersonen	- SozialarbeiterInnen werden zur Verfügung gestellt zur
	Unterstützung des Prozesses
	- VermieterInnen und HausmeisterInnen sind offen für diese Art
	der Vermittlung

²⁵ Lesbian Gay Bisexual Transsexual Intersexual Queer (siehe Glossar)

-

Kernaufgaben	- Ausbau und Sichtbarmachung bereits bestehender Beratungs-
	und Unterstützungsstrukturen
	- Bereitstellung personeller Ressourcen durch SozialarbeiterInnen
	- Öffentlichkeitsarbeit
Bewertungskriterien	- Konfliktabbau in den Mietverhältnissen
	- Steigende Bereitschaft zur Vermietung an Geflüchtete
	- bessere Verteilung des an Geflüchtete vermieteten Wohnraums
	im Stadtgebiet

(b) Etablierung einer mehrsprachigen Beratungs- und Informationsstelle als Anlaufstelle für Geflüchtete und Menschen mit Migrationshintergrund auf Wohnungssuche sowie für VermieterInnen

- funktionierende Schnittstelle zwischen Wohnungssuchenden und
VermieterInnen
 Aufklärungsarbeit bezüglich der Funktionsweisen des Wohnungs-
marktes zur Vermeidung von Konflikten
- Abbau von Unsicherheiten bei VermieterInnen durch Information
und Beratung
- Erhöhte Bereitschaft zur Vermietung an Geflüchtete und
Menschen mit Migratsionshintergrund
- Personal im Bereich Wohnen (Jobcenter, Sozialamt,
Wohnungsgesellschaften)
- VermieterInnen
- Aktive der bestehenden Beratungsstrukturen
- SozialarbeiterInnen in den Unterkünften
- Abfrage der Bedarfe der beiden Zielegruppen
 Vernetzung und Ausbau bereits bestehender Beratungsstrukturen
- Mehrsprachige Informationsbroschüren und Verteilung
- Öffentlichkeitsarbeit, Netzwerkarbeit
(Nutzung der Onlineplattform, übergeordnete Maßnahme ÜM1)
- Begleitung, Beratung
- Aktive Wahrnehmung des Angebots
- Verringerung von Konflikten zwischen den Zielgruppen
- Zunahme der Vermietung von Wohnraum an Geflüchtete und
Menschen mit Migrationshintergrund

(c) Sozialer Wohnungsbau in der Stadt Brandenburg zur Förderung einer nachhaltigen Stadtentwicklung auf der Basis der Ergebnisse von öffentlichen Ideenwerkstätten

 Soziale Nachhaltigkeit hinsichtlich der demographischen städtischen Veränderung schaffen Integration durch gemeinsame Lebens- und Wohnräume Integration durch gemeinsame Planungsprozesse unter Einbeziehung der Einwohnerschaft friedliches gesellschaftliches Miteinander durch Nutzmischung im Ergebnis der Umsetzung

 Stadtverwaltung zur Organisation des Beteiligungsprozesses
- Bevölkerung für die Teilnahme an einem Beteiligungsprozess
- Wohnungsunternehmen und Investoren für die Teilnahme an
dem Beteiligungsprozess und zur Umsetzung der Ergebnisse
- SVV zum Beschluss erarbeiteter Maßnahmen
- Organisation und Koordination der Ideenwerkstätten
- Auffinden von städtebaulichen Lücken und Leerstand für
Umnutzungsmöglichkeiten
- Förderung von Projektenwicklungen
- Sozialer Wohnungsbau
- Aufwertung von Stadtteilen durch Projekte der sozialen Teilhabe
(Kultur, Sport)
- Bezahlbarer Wohnraum in Neubauprojekten
- Gleichmäßigere Verteilung der Mieten in den Stadtteilen
- Aktive Nachbarschaftsstrukturen

(d) Aufbau eines Qualitätsmanagementsystems zur Verbesserung der Standards in den Gemeinschaftsunterkünften der Stadt Brandenburg

Nutzen	 Erhöhung des derzeitigen Standards
	 Anhebung der interkulturellen Kompetenzen des Personals
	- Effektivere Vernetzung zwischen den Gemeinschaftsunterkünften
Schlüsselpersonen	- SozialarbeiterInnen
	- MitarbeiterInnen der GU´s
	- Vertretung der BewohnerInnen
Kernaufgaben	 Listung der zukünftigen Standards und QM- Zielen, sowie deren
	Überprüfung
	 Erhebung und Reflektion der Fachkompetenzen
	 Entwicklung eines Gewaltschutzkonzeptes
Bewertungskriterien	- Einhaltung der QM - Ziele
	- Erhöhung der interkulturellen Kompetenzen des Personals
	 Steigende Zufriedenheit und Verminderung der Konflikte

(e) Machbarkeitsprüfung der Bereitstellung von wohnungsähnlichen und bedarfsgerechten Unterbringungen in den Gemeinschaftsunterkünften

Nutzen	- Entlastung des Wohnungsmarktes
	- Höhere Akzeptanz gegenüber der Gemeinschaftsunterkunft
	- Erhöhung der Wohnqualität
	- Schutzräume für traumatisierte und schutzbedürftige Gruppen
	- Möglichkeit auf verschiedene Bedürfnisse einzugehen (z.B.
	Barrierefreiheit, Wohnungsgröße)
	- Betreuungsschlüssel innerhalb der GUs wird verbessert
	- Verbesserung der Wahrnehmung von Integrationsangeboten wie
	Sprachkursen und Ausbildung durch Möglichkeit des Rückzugs
	und der Konzentration
Schlüsselpersonen	- Träger der Gemeinschaftsunterkünfte
	- SozialbeigeordneteR
	- EigentümerInnen und InvestorInnen

Kernaufgaben	- Wohnraumanalyse zum Bedarf zur Nachfrage an
	wohnungsähnlicher Unterbringung in GUs
	 Umbau, Zusammenlegung, Einrichtung
	 Zuweisung der möglichen zukünftigen MieterInnen
Bewertungskriterien	- Zahl der umgebauten Wohnungen
	- Höhere Zufriedenheit bei den BewohnerInnen mit besonderen
	Bedarfen
	- Rückgang von Auseinandersetzungen unter den BewohnerInnen

Arbeitsbereich Erwachsenenbildung und Arbeitsmarktintegration

Ausgangssituation

Zu nachhaltiger Integration gehört immer auch die Integration in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt und damit

einhergehend die Chance wirtschaftliche Unabhängigkeit. Gerade in dem vom demografischen Wandel geprägten **Bundesland Brandenburg ist** Ausbildung Sicherung von Fachkräften von besonderer Wichtigkeit. In Abbildung 6 ist zu erkennen, dass bei den Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit Altersgruppen besonders stark vertreten sind. Die 16bis 24-Jährigen und die 25 bis 44-Jährigen stellen einen besonders hohen Prozentsatz unter den

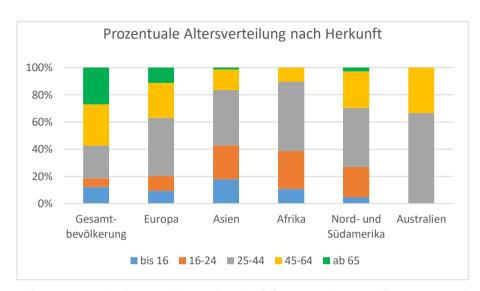


Abb. 6: Prozentuale Altersverteilung nach Herkunft (eig. Darstellung.; Quellen: AZR-Statistik 31.01.2017, Einwohnermelderegister 31.12.2016)

ausländischen MitbürgerInnen in der Stadt Brandenburg. Insofern sind Themen der Erwachsenenbildung und Arbeitsmarktintegration im Hinblick auf Menschen mit Migrationshintergrund und Geflüchtete von starker Bedeutung.

Bevor sie in Ausbildung oder Arbeitsmarkt starten können, müssen sie der deutschen Sprache mächtig sein. Hier gibt es keine gesetzlichen Auflagen. In der Regel wird vom Arbeitgeber oder dem ausbildenden Unternehmen ein Nachweis der Kenntnisse auf B1-Niveau. In einigen Bereichen gibt es brancheninterne Regelungen.

In der Stadt Brandenburg sind zum Stand von 27.11.2017 sieben zugelassene Integrationskursträger ansässig. Je nach Herkunftsland, Titel oder Bildungsstand können bzw. müssen bestimmte Integrationskurse besucht werden, welche jedoch nicht immer von allen Bildungsträgern angeboten werden. Auf den Internetseiten des BAMF sind die aktuell möglichen Deutschkurse mit den entsprechenden rechtlichen Zugangsmöglichkeiten und Regelungen zu finden. Die Sprachkursträger sind vom BAMF dazu angehalten, ihre angebotenen Deutschkurse in KURSNET, dem Portal für berufliche Aus- und Weiterbildung der Bundesagentur für Arbeit, zu veröffentlichen.

Laut einer gemeinsamen Befragung von BAMF und dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung unterscheiden sich Geflüchtete bezüglich ihrer schulischen Abschlüsse von der deutschen Bevölkerung durch einen deutlich geringen Prozentsatz an Personen im mittleren schulischen Bildungsbereich und einem hohen Anteil Personen mit sehr geringen schulischen Abschlüssen.

²⁷ Siehe: https://kursnet-finden.arbeitsagentur.de/kurs/

²⁶ Siehe: https://www.bamf.de

Menschen mit Migrationshintergrund hingegen weisen im Land Brandenburg einen recht hohen formalen Bildungsabschluss auf.²⁸

Schwierigkeiten bestehen in der Vergleichbarkeit der beruflichen Qualifikationen, da es in den Herkunftsländern in der Regel kein dem deutschen Ausbildungssystem vergleichbares System gibt. Berufe werden weitgehend durch praktische Arbeitserfahrungen erlernt. Vor dem Einsatz in deutschen Betrieben bedarf es daher häufig eines Anerkennungsverfahrens. Was die Erstaufnahme einer Ausbildung betrifft, muss häufig bei den potentiellen Auszubildenden Überzeugungsarbeit geleistet werden. Der Wert einer mehrjährigen Ausbildung ist relativ unbekannt und der Wunsch, möglichst umgehend eigenes Geld zu verdienen, steht bei Geflüchteten häufig im Vordergrund.

Rechtliche Regelungen zur Anerkennung von Abschlüssen und Aufnahme von Ausbildungen sowie entsprechende Unterstützungsprogramme und Maßnahmen unterliegen in den letzten zwei Jahren einem konstanten Wandel. Das führt zu großen Unsicherheiten bei Geflüchteten und UnternehmerInnen. Unterstützung kann das Jobcenter und die Bundesagentur für Arbeit geben.

Tagesaktuelle Informationen sind auch auf der Internetpräsenz des Netzwerks Integration durch Qualifikation (IQ-Netzwerk) oder auf den Seite des BAMF zu finden.²⁹

Das IQ Netzwerk gehört zu einer Reihe von Maßnahmen zur Ausbildung, Eingliederung und Weiterbildung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS). Ein Überblick dieser Maßnahmen ist im Anhang zu finden.

Im August 2017 waren im Jobcenter Brandenburg 340 Personen mit nichtdeutscher Staatsbürgerschaft als arbeitslos gemeldet.30 638 KundInnen des Jobcenters werden im Kontext Flucht und Asyl geführt, 407 davon nahmen im August 2017 an Integrationskursen und anderen Deutschkursen teil, 38 Personen wurden in Arbeit vermittelt.31

Ziele

(1) Der Zugang zum Bildungs- und Arbeitsmarkt ist erleichtert und nachhaltig gestaltet.

- Attraktivität der Ausbildung von Fachkräften für die betroffene Person, das Unternehmen und die Gesellschaft als Ganzes
- Erhöhung des Lebensstandards durch den Verdienst bei Beschäftigung
- Förderung der (sprachlichen) Integration durch Arbeit oder Ausbildung
- Stärkung des Sozialsystems

Zeitliche Umsetzung & Überprüfbarkeit

- bis Ende 2018
- Erarbeitung von vergleichenden Statistiken: Zugänge, Abbrüche, Abschlüsse, Annahme von Hilfsangeboten, Unterscheidung von Berufsgruppen

²⁸ Siehe: MASGF (Hrsg.): Zuwanderung und Integration als Chance für Brandenburg. Landesintegrationskonzept Brandenburg, Aktualisierte Fassung 2017, S. 43

²⁹ Siehe: http://www.netzwerk-iq.de/

³⁰ Siehe: Eckwerte des Arbeitsmarktes im Rechtskreis SGB II Brandenburg an der Havel, St. (12051) August 2017

³¹ Siehe: interne Erfassung JC BRB a.d.H. & : Jahresfortschrittswert, Controlling Berichtsmonat August 2017

(2) Eine professionelle Zusammenarbeit aller am Integrationsprozess Beteiligten findet statt und ermöglicht die durchgehende Begleitung von der Einreise bis zur dauerhaften Beschäftigung.

Vorteile

- Verbesserung der Einzelschritte durch Professionalisierung der Zusammenarbeit aller Beteiligten
- Fokussierung auf die eigenen Stärken
- Gewinnsituation für TeilnehmerInnen, Bundesagentur für Arbeit oder Jobcenter, Bildungsträger, ArbeitgeberInnen und Beratungsstrukturen

Zeitliche Umsetzung & Überprüfbarkeit

- ab sofort bereits laufende Prozesse aller Beteiligten sind im Gange
- messbar durch Statistiken der Maßnahmeträger und Arbeitsämter (Anzahl der Stellenvermittlungen und Anzahl der dauerhaft Beschäftigten)
- Rückgang von Beschwerden der Betroffenen (Netzwerkbeteiligte, MigrantInnen, Geflüchtete)
- (3) Professionelle Beratungs- und Informationsstrukturen im Bereich der Erwachsenenbildung und Arbeitsmarktintegration sind der Zielgruppe bekannt, barrierefrei zugänglich und ermöglichen eine selbstbestimmte Entscheidungsfindung.

Vorteile

- Förderung von eigenbestimmtem Leben
- Anerkennung und Erhöhung der Motivation
- Unterstützung und Entlastung der Beratungsstrukturen
- Schnellere, konkretere und nachhaltigere Vermittlung

Zeitliche Umsetzung & Überprüfbarkeit

- erstes Vernetzungstreffen innerhalb von sechs Monaten
- Umsetzung innerhalb eines Jahres
- messbar durch Nachhaltigkeit und größere Konstanz in Ausbildungsabschlüssen und Arbeitsvermittlungen
- (4) Die örtlich ansässigen Unternehmen stehen der Ausbildung und Beschäftigung von Menschen mit Migrationshintergrund und Fluchterfahrung offen gegenüber.

Vorteile

- Erleichtere Vermittlung in Ausbildung und Arbeit
- Erleichtere Kommunikation zu Bedarfen auf Seiten der Arbeitnehmer und Arbeitgeber
- Besetzung freier (Ausbildungs-) Stellen mit Geflüchteten und Menschen mit Migrationshintergrund
- Beschleunigung der (sprachlichen) Integration
- Zunahme finanzieller Unabhängigkeit und Erhöhung des Lebensstandard bei Geflüchteten und Menschen mit Migrationshintergrund

Zeitliche Umsetzung & Überprüfbarkeit

- mindestens bis 2023 ist eine Öffnung erreicht
- messbar anhand der Zunahme der Stellenbesetzungen mit Geflüchteten und Menschen mit Migrationshintergrund

(5) Die Sprachförderung ist als grundlegendes Mittel der Integration in alle Lebensbereiche anerkannt. Die Möglichkeit zum professionellen Spracherwerb bis zur B1 hat daher immer Vorrang vor anderen Eingliederungsmaßnahmen.

Vorteile

- Sichtbare Anerkennung des Spracherwerbs als grundlegender erster Schritt der Integration (in den Arbeitsmarkt) für die Migrantlnnen und Geflüchteten
- schnelleres Erlernen der Sprache
- höhere Konstanz der Lernerfolge
- effektivere Integration in Bildung, Arbeitsmarkt und Gesellschaft

Zeitliche Umsetzung & Überprüfbarkeit

- fortlaufendende Verbesserungen bereits bestehender Strukturen
- messbar anhand der B1-Abschlüsse
- (6) Geflüchteten und Menschen mit Migrationshintergrund wird eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Teilnahme an einem Deutschsprachkurs ermöglicht.

Vorteile

- erhöhte Wahrscheinlichkeit einer Teilnahme bei Sicherstellung von Kinderbetreuung
- Erleichterung des Lernens zuhause
- verbesserte Chancen für Integration (auf dem Arbeitsmarkt)
- Verbesserte Integration von Müttern

Zeitliche Umsetzung & Überprüfbarkeit

- bis Ende 2018
- messbar anhand von Statistiken über Zahlen von Teilnehmenden mit Kindern in zu betreuendem Alter
- (7) Durch die Zusammenarbeit von Sozialamt, Jobcenter und ausbildenden Institutionen wird allen Geflüchteten mit Recht auf Ausbildung die Aufnahme einer Ausbildung finanziell ermöglicht. Der Erhalt des Mindesteinkommens bei Ausbildungsaufnahme ist gesichert.

Vorteile

- Schnellere und einfachere Vermittlung in Ausbildungsstellen
- Schnellere Integration bei Ausbildungsaufnahme
- Wegfall von Leerlaufzeiten
- Unkompliziertere Zusammenarbeit mit Unternehmen
- Finanzielle Unabhängigkeit bei erfolgreichem Abschluss
- Schnellere Bereitstellung von Fachkräften

Zeitliche Umsetzung & Überprüfbarkeit

- Umsetzung bis zum Ausbildungsstart 2018
- messbar anhand der besetzten Ausbildungsstellen und der reduzierten Abbruchrate

Maßnahmenvorschläge

(a) Regelmäßige Treffen zum Erfahrungsaustausch der AkteurInnen im Bereich Integration in den Arbeitsmarkt unter neutraler Koordination der Stadtverwaltung, zum Erfahrungsaustausch

Nutzen	- Strukturierte Koordination von Arbeitsangeboten	
	- Bedarfsfeststellung & Ressourcenanalyse	
	- Abbau von Vorurteilen und Ungewissheiten	
Schlüsselpersonen	- Ständige Mitglieder: JC und BA, Kammern, Bildungsträger, Verwaltung	
	- Wechselnd eingeladen: InteressensvertreterInnen	
	- Koordinationsperson	
Kernaufgaben	- Laufende Klärung der aktuellen rechtlichen Grundlage	
	- Identifikation der Bedarfe	
Bewertungskriterien	- erhöhte Eingliederungszahlen auf dem Arbeitsmarkt	
	- Reduzierung vorzeitiger Maßnahmenbeendigungen	

(b) Erstellung eines Ratgebers für ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen und Aufnahme in die Onlineplattform (siehe ÜM1)

Nutzen	- Erhöhung der Selbständigkeit durch selbständige	
	Informationsbeschaffung	
	- Abbau von Hindernissen und Unsicherheiten bei der	
	Arbeitsaufnahme	
	- Aufklärung über rechtliche Grundlagen	
	- Schaffen von Handlungssicherheit bei den Beteiligten	
	- Erhöhung der Effektivität von (Verweis-) Beratung	
Schlüsselpersonen - ArbeitgeberInnen		
	- ArbeitnehmerInnen	
	- Jobcenter, Bundesagentur für Arbeit	
	- Ausländerbehörde	
Kernaufgaben	- Recherche bereits existierender Veröffentlichungen	
	- Bei Bedarf Erweiterung und Aktualisierung	
	- Aufnahme in die Online – Plattform (inklusive Übersetzung in die	
	benötigten Sprachen)	
	- Bekanntmachung in zentralen Verwaltungen und Firmen	
Bewertungskriterien	- Erstellung und Verteilung des Ratgebers	
	- Nutzung anhand von Klickzahlen auf der Plattform	
	- Gezieltere Nutzung der Beratungsstellen	

(c) Regelmäßige Treffen der Sprachkursträger zur erweiterten Absprache von Bedarfen und Angeboten

Nutzen	 Bessere Auslastung der Kurse durch Bedarfsfeststellung und strukturierte Koordination von Sprachkursangeboten Gemeinsame Ermittlung des Weiterbildungsbedarfs von hauptamtlichen und ehrenamtlichen SprachlehrerInnen Evtl.: Gemeinsame Erarbeitung eines regionalspezifischen 	
	Curriculums (siehe Maßnahme (f), Arbeitsbereich 1)	
Schlüsselpersonen	- VertreterInnen der Sprachkursträger	

Kernaufgaben	-	 Überprüfung inwieweit diese Treffen mit den bereits existierenden vierteljährlichen Treffen dieser Träger im Jobcenter verknüpft werden können 	
Bewertungskriterien	-	Bessere Auslastung der Kurse Schnellere Vermittlung in passende Kurse	

(d) Öffentlich geförderte Qualifizierungsmaßnahmen (z.B. Sprachkurse und Weiterbildungsangebote) werden im Internet veröffentlicht.

Nutzen	 schneller Zugriff für alle AkteurInnen möglich bessere Verweisberatung selbständige Information für die potentiellen Teilnehmenden 	
	möglich	
	- Vermeidung gleichzeitiger Starts ähnlicher Maßnahmen	
Schlüsselpersonen	- Siehe Maßnahme (übergreifende Maßnahme Onlineplattform)	
Kernaufgaben	- Kontakt und Austausch zu den Bildungsträgern	
	- Aktualisierung der Angebote auf der Plattform	
Bewertungskriterien	- Bessere Auslastung der Kurse	
	- Schnellere Vermittlung in passende Kurse und Maßnahmen	

(e) ArbeitgeberInnen mit Migrationshintergrund oder Fluchterfahrung werden als VermittlerInnen zwischen UnternehmerInnen und Flüchtlingen oder Menschen mit Migrationshintergrund eingebunden.

Nutzen	 Menschen mit Integrationserfahrung können ihre Erfahrungen aber auch Probleme vermitteln Erhöhtes Verständnis für die Problemlagen beider Seiten Zusammenarbeit von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund bei der Integrationsarbeit Langfristig verbesserte Zusammenarbeit mit migrantischen Unternehmen 	
Schlüsselpersonen	- UnternehmerInnen (evtl. Wirtschaftsstammtisch)	
Kernaufgaben	- Recherche und Ansprache migrantischer Unternehmen	
	- Gemeinsame Absprachen zur Vorgehensweise	
	- Evtl Einbindung von IQ oder BleibNet	
Bewertungskriterien	- Regelmäßige Treffen	
	- Benennung von Ansprechpersonen	

Arbeitsbereich Kinder und Familie

Ausgangssituation

Alle Kinder mit Wohnsitz in Deutschland haben unabhängig von Migrationshintergrund oder Aufenthaltsstatus ab Vollendung des ersten Lebensjahrs einen Rechtsanspruch auf Kitabetreuung.

Im Dezember 2017 wurde mit allen Kindertagesstätten in der Stadt Brandenburg in einer Umfrage ermittelt, wie viele Kinder mit Migrationshintergrund³² in welchen Einrichtungen untergebracht sind. Von den 4.990 in einer Kindertageseinrichtung betreuten Kindern haben 276 Kinder einen Migrationshintergrund. Das entspricht einem Anteil von 5,53 % und liegt damit nur 0,58 % über dem Wert des Vorjahrs. 67 Kinder besuchten die Krippe, 118 Kinder den Kindergarten, und 91 Kinder gingen in den Hort. 43 % dieser Kinder besitzen keine oder lediglich sehr geringe Deutschkenntnisse.

Es besteht eine starke Ungleichverteilung der Kinder auf die verschiedenen Einrichtungen. In 12 Einrichtungen haben mehr als 10 % der betreuten Kinder einen Migrationshintergrund und unzureichende Deutschkenntnisse. Diese Einrichtungen werden fachlich von einer Sprachberaterin der Stadt Brandenburg betreut. In Einzelfällen findet auch eine zusätzliche Kleingruppenförderung statt, die bei Bedarf in geringem Umfang aus Landesmitteln gedeckt werden kann.

Momentan warten rund 30 Kinder mit Migrationshintergrund auf einen Kitaplatz, deren Eltern einen Antrag gestellt haben. Mit Eröffnung weiterer Einrichtungen im Jahr 2018 werden auch diese Kinder versorgt werden. Zudem wird für 2018 der Aufbau einer integrationskursbegleitenden Kindertagesbetreuung geprüft.

In den Schulen im Stadtgebiet (von der Grundschule bis Oberstufenzentrum) wurden 235 Einzugliedernde beschult. Das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (MBJS) macht in seinen statistischen Schulerhebungen keinen Unterschied zwischen Gefüchteten, EU-BürgerInnen etc., sondern arbeitet mit folgender Definition: "Die Muttersprache des Schülers ist nicht Deutsch und der Schüler verfügt über keine oder nicht ausreichende Deutschkenntnisse, um am Regelunterricht mit Erfolg teilnehmen zu können. Der Schüler hat deshalb einen Anspruch auf schulische Förderung laut Eingliederungs- und Schulpflichtruhensverordnung. Dabei ist die Staatsangehörigkeit ohne Belang. "³³

218 dieser SchülerInnen gingen 2017 in Brandenburg an der Havel in Regelklassen. 52 von nahmen an sogenannten Vorbereitungskursen teil, 136 besuchten extra eingerichtete Förderkurse.

SchülerInnen der ersten Klasse werden grundsätzlich den Regelklassen zugeordnet, da hier von einem geringeren fachlichen Anspruch ausgegangen wird.

Ab der zweiten Klasse kann eine Zuordnung zu den Vorbereitungsgruppen stattfinden. Hier absolvieren die SchülerInnen für ungefähr ein Jahr 25 Unterrichtsstunden Deutsch als Fremdsprache und 8 Unterrichtseinheiten in anderen Fächern pro Woche.

Der Unterricht in den Förderkursen findet zusätzlich zum Regelunterricht statt. Hierbei handelt es sich in der Regel um 3-4 zusätzliche Unterrichtseinheiten in Deutsch oder Mathematik zur Unterstützung des Erlernens von Fachbegriffen. Hier können bei Bedarf auch Kinder ohne Migrationshintergrund teilnehmen.

Wie bei der Wohnort- und Kitaplatzverteilung ist auch bei den Schulplätzen eine starke Konzentration auf den Stadtteil Hohenstücken zu erkennen. Allein 73 einzugliedernde SchülerInnen besuchen die Grundschule Gebrüder Grimm in Hohenstücken, 31 Einzugliedernde besuchen die Otto-Tschirch-Oberschule in Hohenstücken.

³² Als Kinder mit Migrationshintergrund zählten Kinder ohne deutsche Staatsangehörigkeit, mit einem nichtdeutschen Geburtsland oder einer nichtdeutschen Verkehrssprache im häuslichen Umfeld.

³³ Siehe: MBJS (Hrsg.): Aktuelle Informationen zur Erhebung der Schuldaten 2017/18; siehe https://mbjs.brandenburg.de (21.12.2017)

Informationen zum Thema Freizeitgestaltung wurden im Arbeitsbereich Soziale Teilhabe, Sport, Kultur und Religion gegeben.

Informationen für werdende Eltern hält das Netzwerk Gesunde Kinder im Rahmen einer Direktberatung oder als gedruckten Wegweiser bereit.

Ziele

(1) Begegnungsorte für Familien mit & ohne Migrationshintergrund sind vorhanden und werden beworben.

Vorteile

- Blick für Individuen im familiären Kontext wird geschärft
- Bündelung und Austausch von Kompetenzen
- Spracherwerb durch Sprachnutzung wird gefördert
- niedrigschwelliges gegenseitiges Kennenlernen und Vernetzen

Zeitliche Umsetzung & Überprüfbarkeit

- Termin abhängig von Quantitäten
- messbar anhand der Zahl der Orte, Angebote und Teilnehmendenzahlen
- (2) Die Kindertagesbetreuung wird von Familien als wichtiges Bildungsinstrument im Sinne von Sozialkompetenz und Wissensvermittlung verstanden und akzeptiert.

Vorteile

- Bessere und schnellere Integration der Kinder durch intensivere Kontakte
- Schnellerer Spracherwerb der Kinder durch Erhöhung der Kontakte mit MitschülerInnen
- Verbesserung der schulischen Leistungen durch Anstieg der gegenseitigen Unterstützung bei der Erledigung der Schulaufgaben
- Bessere Integration der Eltern durch vergrößerte Zeitfenster für Spracherwerb und Integrationsmaßnahmen und durch verstärkte Kontakte mit deutschsprachigen Eltern

Zeitliche Umsetzung & Überprüfbarkeit

- bis 2020, vorausgesetzt der Rechtsanspruch ist sichergestellt
- Angebote werden durch Schul- und Kitapersonal positiv kommuniziert
- Angebote stellen sich auf Bedarfe und Lebenslage ihrer Zielgruppe ein
- Auslastung der bereitgestellten Hortplätze
- Erhöhte Nutzung der möglichen Betreuungsfenster im Kitabereich
- messbar anhand prozentualer Nutzung der Kindertagesbetreuung
- (3) Kinder mit Migrationshintergrund oder Fluchterfahrung sind in den Kindertageseinrichtungen, Schulen und Freizeiteinrichtungen möglichst gleichmäßig im Stadtgebiet verteilt.

Vorteile

- Gegenseitiges Kennenlernen von Familien mit und ohne Migrationshintergrund wird befördert durch mehr Begegnungen auf Augenhöhe
- Wahrnehmung von Menschen mit Migrationshintergrund oder Fluchterfahrung als selbstverständliche Mitglieder der Stadtgesellschaft steigt
- kulturelle Öffnung der Einrichtungen und Stadtteile wird befördert

Zeitliche Umsetzung & Überprüfbarkeit

- entspricht bereits dem derzeitigen Ansatz
- Stark abhängig von den Wohnorten, steht deshalb in engem Zusammenhang mit den Zielen des Handlungsfelds Wohnen und Unterkunft.
- Prüfbar anhand der Neuabschlüsse von Betreuungsverträgen mit den Kita-Einrichtungen

(4) Es findet eine verstärkte Vernetzung der Familien zur Förderung der individuellen und gegenseitigen Hilfe zur Selbsthilfe statt.

Vorteile

- Aufbau von individuellen Netzwerken sowohl zwischen Menschen mit Migrationshintergrund untereinander, als auch mit Einheimischen
- Verbesserung der Teilhabe von Kindern und familiär gebundenen Menschen mit Migrationshintergrund und Geflüchteten in allen Lebensbereichen
- Integration durch soziale Kontakte und Freundschaften
- Verminderter Beratungsbedarf
- schneller Spracherwerb und Erfahrungsaustausch
- Abbau von Hemmschwellen auf allen Seiten

Zeitliche Umsetzung & Überprüfbarkeit

- Weiterentwicklung bestehender Angebote
- Aufbau von Tandempartnerschaften auch zwischen Familien (Verbindung zur übergeordneten Maßnahme ÜM 2 möglich)
- regelmäßige Treffen und Unterstützung bei Behördengängen und anderen Alltagsproblemen
- (5) Die Möglichkeiten der Freizeitgestaltung und Mitgliedschaft in Vereinen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF) und alle anderen Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund oder Fluchterfahrung sind bekannt und werden genutzt.

Vorteile

- Partizipation der oben genannten Gruppen im öffentlichen Leben
- Förderung der Sozialisierung und Vernetzung im interkulturellen Bereich
- Erhöhung motivationaler Kompetenzen (z.B. Autonomieerleben, Selbstwirksamkeit und Selbstregulation)

Zeitliche Umsetzung & Überprüfbarkeit

- Umsetzung innerhalb der nächsten 2 Jahre
- Einbindung in die Online-Plattform wäre sinnvoll (siehe ÜM1)
- messbar durch Evaluationen der Zielgruppen (ausgesuchte Familien, UMFs)
- (6) Fachkräfte in der Kindertagesbetreuung und im Schulbetrieb verfügen über interkulturelle Kompetenzen und Wissen zu Themen der kulturellen Sensibilität.

Vorteile

- Verbesserte kulturelle Akzeptanz
- erhöhtes Verständnis von ungewohnten Verhaltensweisen
- erleichterte Kommunikation in Konfliktsituationen
- durch erfolgreiche Integration in Schulen und Kitas können Freundschaften gebildet werden, die auch außerhalb der Institutionen bestehen

Zeitliche Umsetzung & Überprüfbarkeit

- Umsetzung ist bereits angelaufen
- Abschluss innerhalb von 3 Jahren
- (7) Geflüchtete Eltern und Eltern mit Migrationshintergrund werden am Schul- und Kitaalltag durch den Einsatz und die Qualifizierung von PädagogInnen aller Kulturen beteiligt.

Vorteile

- interkulturelle Öffnung der Einrichtungen
- Weiterbildung deutscher Fachkräfte zur Gewährleistung einer
- Qualifizierung und Ausbildung von Menschen mit Migrationshintergrund und Geflüchteten zum Einsatz als p\u00e4dagogisches Personal
- Erleichterung der Kommunikation mit Eltern durch ein interkulturelles Miteinander in Schulen und Kitas

Zeitliche Umsetzung & Überprüfbarkeit

- Umsetzung ab sofort
- Messbar anhand erhöhter Zahlen der Angebote für Qualifizierungsmaßnahmen
- Aus- und Weiterbildungen für MigrantInnen und Geflüchtete
- Mehr Personal mit Migrations- und Fluchthintergrund im pädagogischen Bereich
- (8) Es gibt ausreichenden Schutz und Beratung von Frauen und Familien ausländischer Staatsangehörigkeit bei häuslicher Gewalt unter Inanspruchnahme der vorhandenen gesetzlichen Möglichkeiten.

Vorteile

- Ermöglichung eines gewaltfreien Lebens für Kinder und Familien mit und ohne Migrationshintergrund liegt im gesellschaftlichen Interesse
- Ermöglichung größtmöglicher individueller Entwicklung aller Familienangehörigen

Zeitliche Umsetzung & Überprüfbarkeit

- Ab sofort
- enge Zusammenarbeit mit Frauenhäusern
- Vernetzung durch Austausch
- messbar anhand von Dokumentationen und Informationen durch die Zielgruppe

Maßnahmenvorschläge

(a) Partizipationsmöglichkeiten schaffen für Eltern mit Migrationshintergrund und geflüchtete Eltern zur Mitgestaltung des Kita- und Schulalltags

Nutzen	- Aktive Mitgestaltung des Kita- und Schulalltags	
	- Integration durch Partizipation	
	- Stärkung der sozialen Teilhabe	
	- Stärkere Unterstützung der Kinder durch die Eltern	
Schlüsselpersonen	- PraxisberaterIn zur Unterstützung der Einrichtungen	
	- Führungskräfte der Kitas und Schulen	
	- Lehrende, pädagogische Fachkräfte, SozialarbeiterInnen	
	- Interessierte Eltern	
Kernaufgaben	- Angebote von Schulungen und Weiterbildungen zur	
	interkulturellen Vielfalt für das Personal schaffen / nutzen	
	- Sensibilisierung der Einrichtungen für eine stärkere Partizipation	
	- Niedrigschwellige Elternarbeit entsprechend der Bedarfe	
Bewertungskriterien	- Sichtbare Teilnahme an Veranstaltungen	
	- Aktive Einbindung der Eltern durch Kitas bzw. Schulen	

(b) Sicherstellung einer bedarfsgerechten Qualifikation im interkulturellen Bereich des pädagogischen Fachpersonals in Kitas im Aufgabenfeld der Integration

Nutzen	- Handlungssicherheit und Kontinuität des Fachpersonals mit
	Betreuungsauftrag
	- Professionelle Begleitung der geflüchtete Familien und Familien
	mit Migrationshintergrund
Schlüsselpersonen	- Jugendamt
	- Pädagogisches Personal
Kernaufgaben	- Spezialisierung der MitarbeiterInnen von Flüchtlingsunterkünften
	- Feststellung der vorhandenen Grundqualifikationen sowie des
	erforderlichen Qualifikationsbedarfs
	 Integration durch professionelle Begleitung
Bewertungskriterien	- Geringe Fluktuation des Fachpersonals
	 Verringerung der Kosten bzgl. Aus- und Weiterbildungen

(c) Unterstützungsmöglichkeiten schaffen für Vereine bei der Arbeit mit traumatisierten Kindern und Jugendlichen

Nutzen	 Wahrnehmung von Traumatisierungen in der Gemeinschaft Ermöglichung von sozialer Teilhabe Anerkennung der Vereinsarbeit durch ein "Gütesiegel"
Schlüsselpersonen	Vereine und VerwaltungBeratungsstellen
Kernaufgaben	 Evaluierung des derzeitigen IST-Zustands Öffentlichkeitsarbeit Erarbeitung eines "Gütesiegels" Unterstützung bei Qualifizierung
Bewertungskriterien	Offener und sensibler Umgang mit TraumatisierungSteigende Teilnehmendenzahlen

(d) Unterbreitung von Informationsmöglichkeiten über Beratung und Unterstützungsangebote für, von häuslicher Gewalt, betroffenen Frauen

Nutzen	- Wahrnehmung der Problematik 'häusliche Gewalt'	
	- Möglichkeiten des Informationsaustausches für betroffenen	
	Frauen schaffen	
	- Enttabuisierung der Thematik	
Schlüsselpersonen	- Frauenhaus	
	- Beratungsstellen	
	- Dolmetscherinnen, Sprachmittlerinnen	
Kernaufgaben	- Sichtbarmachung der Möglichkeiten und Aufzeigen de	
	professionellen Ansprechpartner	
	- Mehrsprachiges Informationsmaterial, sowie eine Notrufhotline	
	 Verbreitung des Material über Anlauf- und Beratungsstellen 	
	- Bekanntmachung der Institution 'Frauenhaus'	
Bewertungskriterien	- Inanspruchnahme durch die Zielgruppe	

Anhang

Wegweiser für Migrantinnen und Migranten - Beratungsstellen, Ansprechpersonen und Zuständigkeiten³⁴

Anlaufstelle	Aufgaben mit Relevanz für Migrantinnen/Migranten
Jugendmigrationsdienst Stadt Brandenburg, Internationaler Bund (IB) Walther-Ausländer-Str. 1, 14772 Brandenburg Ansprechpartnerin: Kerstin Domres, e-mail: JMD-Brandenburg@internationaler-bund.de, Tel.: 03381-739857, Fax 03381-739856 Migrationsberatung für Erwachsene Leiterin der Einrichtung: Ewgenia Marte 0151-12105768 migration@awo-potsdam.de Mo: 13.00-15.00/ vormittags Termine nach Vereinbarung Deutsches Dorf 45-47 im Beratungszentrum PM Do: 9.00-13.00 / nachmittags Termine nach Vereinbarung	Kostenlos, für bleibeberechtigte Personen bis 27 Jahre: - individuelle Begleitung - Einzelfallberatung - Elternarbeit - Gruppenaktivitäten & Kurse - Berufsplanung Kostenlos, für bleibeberechtigte Personen ab 27 Jahre, Familien - individuelle Begleitung - Einzelfallberatung - Vermittlung zu Ärzten, Sprachkursen, Ämtern, Wohnung und weiteren Beratungsstellen
Überregionale Flüchtlingsberatung Diakonisches Werk Potsdam Beratungsfachdienst für MigrantInnen Flüchtlingsberatungsstelle Ina Stiebitz/ Anina Beck Rudolf-Breitscheid-Straße 64 (Hinterhaus) 14482 Potsdam Diakonisches Werk Brandenburg Damaschkestraße 17 14776 Brandenburg Tel: 03381- 20 999 30 Sprechzeiten: Dienstag 9.00 - 12.00 und 13.00 - 16.00 Uhr Donnerstag 9.00 - 12.00 in Brandenburg a.d. Havel und nach Vereinbarung	Kostenlos, für Asylsuchende, Geduldete und Flüchtlinge mit humanitärem Aufenthalt, Flüchtlinge mit einer AE nach den §§ 22, 23.1, 23a, 24, 25.3, 25.4, 25.5,104a AufenthG - Beratung zu Asylverfahren und Aufenthalt, Alltag - Ünterstützung bei Anträgen zu: finanzieller Absicherung (AsylbLG, Grundsicherung nach SGB, Kindergeld, Wohngeld, Elterngeld, etc.), Unterbringung, gesundheitlicher Versorgung, Spracherwerb und Qualifikation, Arbeit und Arbeitsgenehmigung, Kita, Schule und Ausbildung, Freizeitgestaltung.

³⁴ Quelle: Zuarbeit Ausländer- und Behindertenbeauftrage der Stadt

Anlaufstelle	Aufgaben mit Relevanz für Migrantinnen/Migranten
Gemeinschaftsunterkünfte für Flüchtlinge, DRK- Kreisverband Brandenburg an der Havel e.V. einschließlich Migrationsberatung (Übergangswohnen für Flüchtlinge, Sozialpädagogischer Bereich) 14770 Brandenburg an der Havel Flämingstraße: Frau Kaplar, Tel.: 03381-320856 Fohrder Landstraße Frau Gehlhaar Tel: 7976113 Upstallstraße Frau Hölzig Tel: 7974450	Beratung und Unterstützung bei der Bewältigung des Alltags (Gesundheit, Freizeit, Schule, Anträge, Sprachkurse etc.)
Anerkennungsberatung im IQ Netzwerk Brandenburg, Referat Migration, Integration im Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Brandenburg Ansprechperson: Julia Lexow-Kapp Tel.: 0331/866 5274, E-Mail: julia.lexow-kapp@masf.brandenburg.de MASF, Heinrich-Mann-Allee 103, Haus 3, 14473 Potsdam Mobile Anerkennungsberatungsberatung für ausländische Berufsabschlüsse in Ostbrandenburg, KOWA Frankfurt (Oder), Europa-Universität Viadrina Anerkennungsberatung insbesondere für Polinnen und Polen Ansprechperson: Wojciech Nowak Tel.: 0335/5534 5922, E-Mail: integra@kowa-ffo.de	 Informationen zu den gesetzlichen Grundlagen und dem Verfahren zur Anerkennung von Berufsqualifikationen in Deutschland, Prüfung, ob ein Anspruch/eine Chance auf ein Anerkennungsverfahren besteht Sichtung der Dokumente und Unterlagen des Anerkennungssuchenden Ermittlung des deutschen Referenzberufes, der dem ausländischen Berufsabschluss entspricht Vorbereitungen und Hinweise für den Antrag auf Anerkennung Ermittlung der für den Berufsabschluss zuständigen Anerkennungsstelle
Sozialhilfeträger Stadtverwaltung Brandenburg Fachbereich IV IV FB Jugend, Soziales und Gesundheit Wiener Straße 1 Tel: 03381-58	 BAföG, Bestattungskosten-Beihilfe, Bildungs- und Teilhabepaket für Kinder und Jugendliche, Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung, Förderung von Bildungsangeboten für Seniorinnen und Senioren, GEZ-Gebührenbefreiung, Grundsicherung, Soziale Beratung in den Beratungszentren des Landkreises, Wohngeld, Wohnraumberatung
Wohnungsamt/ Gebäudemanagement Stadtverwaltung Brandenburg Gebäude- u. Liegenschaftsmanagement Klosterstr. 14, Zi. F 209 Tel: 03381- 58-2901	 Verwaltung der Wohnheime in Kreis-/ Stadtträgerschaft Bauen und Unterhalten von/ an verwalteten Gebäuden und baulichen Anlagen

Anlaufstelle	Aufgaben mit Relevanz für Migrantinnen/Migranten
Ausländerbehörde Stadtverwaltung Brandenburg 33 FG Standesamt, Ausländerbehörde und Bürgerservice Katharinenkirchplatz 5, Tel: 03381 - 58 33 24	 Erteilung bzw. Verlängerungen von Aufenthaltstiteln, Aussetzungen der Abschiebung, Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft, ausländerrechtlich zuständig für die im Landkreis untergebrachten Asylbewerber/innen
Gesundheitsamt Stadtverwaltung Brandenburg Sachbearbeiter/-in AIDS- u. Behindertenberatung Klosterstraße 14, F 010,. Tel: 03381- 585332	 Aids-Beratung Behindertenberatung Kinder- und jugendärztliche Untersuchungen und Beratungen Schutzimpfungen Sozialpsychiatrischer Dienst, Tuberkulose-Beratung
Sozialarbeiter/-in Behindertenberatung Klosterstr. 14, C 002 Tel: 03381 - 585334	BehindertenberatungAntragstellung Schwerbehinderung
Jugendamt Stadtverwaltung Brandenburg Bürgerhaus Hohenstücken WAusländer-Str. 1 Sachbearbeiter/-in erz. Kinder-/ Jugendschutz Tel: 03381 – 7300474 51.2 SG Jugendförderung und Jugendarbeit Große Gartenstr. 42 A, Zi.203 (03381) 25-0970	 Erziehungsberatung Familienbildung Jugendförderung Jugendhilfe Planung Jugendschutz Sozialpädagogische Beratung
Kita-Fachberatung Stadtverwaltung Brandenburg Kindertagesbetreuung Wiener Str. 1 Zi. 328 Tel: 03381- 585127	 Information und Beratung zu pädagogischen, psychologischen und organisatorischen Fragen Mitarbeit am Aufbau von regionalen Netzwerken Planung und Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen, Fachtagen und Arbeitskreisen Information und Vermittlung regionaler und überregionaler Projekte-Modelle und innovativer Entwicklungen im Bereich der Kindertagesbetreuung
Staatliches Schulamt Magdeburger Straße 45 Tel: 03381 397400	 Schulaufsicht personelle Ausstattung Beratung in pädagogischen und organisatorischen Fragen Fragen zur Eingliederungsverordnung

Anlaufstelle	Aufgaben mit Relevanz für Migrantinnen/Migranten
Integrations-/ Ausländerbeauftragte/r Stadtverwaltung Brandenburg Katrin Tietz Altstädtischer Markt 10 Tel: 03381 – 581610 Email: Katrin.Tietz@Stadt-Brandenburg.de	 Vermittlung & Vernetzung Förderung & Initiierung von interkulturellen, integrativen Projekten politische Beratung
Jobcenter Brandenburg an der Havel Kirchhofstraße 39-42 14776 Brandenburg Telefon: 03381 / 2080 600 Faxnummer: 03381 / 2080 677 E-Mail: jobcenter-brandenburg@jobcenter-ge.de	 Vermittlung und Beratung für Arbeitsuchende Leistungen zur Eingliederung in Arbeit
Bundesagentur für Arbeit, Zentrale Auslands- und Fachvermittlung (ZAV) Team 325 (zuständig für den Bezirk der Regionaldirektionen Berlin-Brandenburg Dahlmannstraße 23 47169 Duisburg Fax: 0203 / 9907 238 E-Mail: zav-duisburg.ae-team325@arbeitsagentur.de	 Erteilung von Arbeitsgenehmigungen-EU und für Zustimmungen zu Aufenthaltstiteln, Informationen und Hinweise zur Arbeitsgenehmigungspflicht, zum erforderlichen Aufenthaltstitel, zu Rechtsgrundlagen
Integrationskursträger Berlin-Brandenburgische Auslandsgesellschaft BBAG e.V. Gotthardkirchplatz 10, 14776 Brandenburg a.d.H. Ansprechpartnerin: Nadine Spengler Tel.: 03381 – 22 29 88 E-Mail: spengler@bbag-ev.de Akademie Seehof GmbH Neustädtischer Markt 7/8, 14776 Brandenburg a.d. Havel Ansprechpersonen: Frau Klitzke, Telefon: 03381 66 99 12; Nadin Podzimek, Telefon: 03381 - 7943957 Koordinierungsstelle für Integrations- bzw. Sprachkurse für Flüchtlinge Ansprechperson: Dr. Waldemar Bauer E-Mail: bauer@akademie-seehof.de, Tel.: 0 33 81 / 66 99 11	Durchführung von Integrationskursen und weiteren Deutsch-Kursen

Anlaufstelle	Aufgaben mit Relevanz für Migrantinnen/Migranten
Verein für Arbeitsmarktintegration und Berufsförderung AlB e.V Geschwister-Scholl-Str. 36, 14776 Brandenburg an der Havel info@verein-aib.de bbw Akademie für Betriebswirtschaftliche Weiterbildung GmbH Ansprechperson: Annett Welle, Tel: 03381 - 228819 Geschwister-Scholl-Str. 36, 14776 Brandenburg an der Havel Deutsche Angestellten- Akademie GmbH Geschwister-Scholl-Str. 36 14776 Brandenburg an der Havel Tel: 03381 7930993 Institut für Bildung und Sicherheit -IBS Erfurt- Rosa-Luxemburg-Allee 2 / 14772 Brandenburg an der Havel Ansprechperson: Herr Riedel Tel.: 03381 – 79 42 900	
Netzwerk Integration durch Qualifizierung (IQ) Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Brandenburg Referat Migration, Integration Heinrich-Mann-Allee 103 14473 Potsdam Sabine Grabow (Projektleitung) Tel.: (0331) 866-5273 E-Mail: sabine.grabow@masf.brandenburg.de	 Interkulturelle Öffnung der Regelinstitutionen (Fortbildungen, Beratung und Begleitung der Fachkräfte) Beratungs-, Informations- und Schulungsangebot (berufsbegleitende Sprachförderung Deutsch) für Arbeitgeberinnen/Arbeitgeber sowie Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in Arbeit oder Ausbildung (ggf. auch Selbstständige) IQ für Arbeitgeber – Beratungsstelle Qualifizierung von Migrantenunternehmen Kooperationsverbund berufliche Integration Vielfalt und Qualifikation für Brandenburg
Bleibnet ProQuali Berlin-Brandenburgische Auslandsgesellschaft e.V. Leitung: Monika Kadur Schulstraße 8b, 14482 Potsdam Tel: 0331 – 270 02 40, kadur@bbag-ev.de Ansprechperson Brandenburg: Manuel Ryll,	Flüchtlinge und Bleibeberechtigte im Land Brandenburg bei der nachhaltigen Eingliederung in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt unterstützen z.B. durch: - Praktika - Hilfe bei Arbeitsplatzsuche - Anpassungsqualifizierung - berufsbezogene Sprachförderung

Gotthardtkirchplatz 10, 14770 Brandenburg/Havel,

Tel.: 03381 – 22 29 88, <u>ryll@bbag-ev.de</u>

Anlaufstelle	Aufgaben mit Relevanz für Migrantinnen/Migranten
Internationales Büro Technische Hochschule Brandenburg Heike Wolff, Akademisches Auslandsamt, Magdeburger Str. 50, D-14770 Brandenburg Tel.: 0049 (0)3381-355 104 Fax: 0049 (0)3381-355 199 E-mail: wolffh@fh-brandenburg.de	Beratung zum Fach- u. Hochschulstudium -
Lotsendienst für Migrantinnen und Migranten, gemeinnützige iq consult GmbHAnsprechpersonen: Julia Plotz, Elzbieta Barwinska-Hohenberger Lotsendienst für Migrantinnen und Migranten, Schiffbauergasse 7, 14467 Potsdam, Tel.: 0331 - 620 79 44 / 0176 - 161 134 94, E-Mail: plotz@iq-consult.com, www.lotsendienst-migranten.de	Beratung und Begleitung von Existenzgründungen für Arbeitslose oder von Arbeitslosigkeit bedrohte Gründungswillige mit Migrationshintergrund und Hauptwohnsitz im Land Brandenburg
Vermittlung von Sprachmittler/innen, Fachberatungsdienst für Zuwanderung, Integration und Toleranz (FaZIT) im Land Brandenburg FaZIT, Gesellschaft für Inklusion und Soziale Arbeit e.V., Zum Jagenstein 3, 14478 Potsdam, Tel.: 0331 - 967 62 50, E-Mail: info@fazit-brb.de für die Sprachen Arabisch, Bosnisch, Englisch, Französisch, Hindi, Kroatisch, Kurdisch, Kumikisch, Persisch, Polnisch, Portugiesisch, Russisch, Spanisch, Türkisch und Vietnamesisch;	Dolmetscher/innen-Pool (Übersetzung im Gespräch und schriftliche Übersetzungen)
Kosten: Aufwandsentschädigung in Höhe von 12,50€/Std. + Fahrtkosten + Vermittlungsgebühr in Höhe von 5€ Ansprechpersonen (montags bis donnerstags, 8.30 – 15.00 Uhr): - Christian Oeter, Tel.: 0331 - 967 62 54, E-Mail: dolmetscher@fazit-brb.de - Wolfgang Bautz, Tel.: 0331 - 967 62 51, E-Mail: w.bautz@fazit-brb.de	

Überblick: Angebote und Aktivitäten für Geflüchtete

Wer	Was	Wann	Wo	Ansprechpartner
Bürgerhaus Hohenstücken Antidiskriminierungsstelle Brandenburg Havel e.V.	Beratung bei Diskriminierung	Di u. Do 14:00–16:00 Uhr	Waither-Auslander-Straße 1 Raum 2.05	Frau Willnat - Telefon: 03381,730546
Bürgerhaus Hohenstücken "Neue Zeiten" e.V.	Begleitung mit Obersetzung zu Behörden, Amtern, Rechtsarwälten und Azten, Hilfe beim Ausfüllen der Anträge und im Schriftverkehr	Mo-Fr 09:00-15:00 Uhr	Waither-Auslander Straße 1	Herr Dr. Bauer / Frau Valently - Telefon: 03381,73 05 46 E-Mail: neue,zeiten@freenat.de
Bürgerhaus Hohenstücken	· Möbellager	Nach Absprache	Waither-Auslander-Straße 1	Frau Cieslak · Telefon: 03381.224593
	· Nahstube	Mo-Fr 08:00-12:00 Uhr		E-Mail: Fiz-trandeliburgedib-b) andeliburg.ce
	· Kleiderkammer	Mo-Do 08:00-15:00 Uhr Fr 08:00-12:00 Uhr		
Bürgerhaus Hohenstücken	weitere Angebote auf Anfrage		Waither-Auslander-Straße 1	Tino Haberecht - Koordinator Bürgerhaus Talefon: 03381,799127 - 03381,3065758 - Fax: 03381,799494 E-Mail: haberecht@bas-brandenburg.de - www.buergerhaus-hohenstuecken.de
CVJM	Flochtlingsbegegrungs-Café Melting Pot · (einfach mal) Deutsch reden · Patenschaften · Alltagshilfen	Do 15.30 –17.30 Uhr	Hauptstraße 66 Eingang im Hof	Herr Wolfgang Thörner - Telefon: 03381,223180 E-Mail: post@cvjm-brandenburg.de Frau Bea Lindauer - Telefon: 03381,797079
CVJM	· Fussball · Volleyball	Sa 16:00–17:30 Uhr Sa 17:30–20:00 Uhr	Sporthalle Hammerstraße Ecke Packhofstraße	Herr Manuel Scharner - Mobil: 0152.01689544 E-Mail: manuel.scharner@web.de
Diakonisches Werk im Kirchenkreis Brandenburg Havel e.V.	 Koordination & Information im Flüchtlingsnetzwerk Vermittlung Patenschaften Deutschkonversationsgruppen 			Frau Barbei Boer - Telefron: 0338, 7938694 - Mobil: 0152,56366481 E-Mail: Zufluchtfördiakoniebrb.de
Evangelische St. Katharinenkirchengemeinde	 Fragen zu christlichen Kirchen und interreligiöser Dialog 			Pfarrer Melburg - Melburg jens©ekmb.de
Haus der Offiziere (HdO)	Fahrradwerkstatt/Fahrradspende	Di 17:00-19:00 Uhr	Magdeburger Straße 15	Herr Markus Richter - Mobil: 0151.18413141 E-Mail: markus@jukufa.de
Haus der Offiziere (HdO)	LGBTIQ-Bar (für Refugees und Brandenburger_innen)	jeden 2. Dienstag ab 20:00 Uhr	Magdeburger Straße 15	Herr Markus Richter - Mobil: 0151.18413141 E-Mail: markus@jukufa.de
Interkultureller Havelgarten	Gemeinsame Gartenarbeit, Ernten, Essen, Begegnung und Feiem	Sa ab 12:00 Uhr	neben dem Übergangswohnheim Flämingstraße	Frau Csilla Löser - Mobil: 0176 64423804 E-Mail: garten@havelgarten-brandenburg.de - www.havelgarten-brandenburg.de www.facebook.com/Havelgarten/
Lem., Freizeit- und Begegrungsort Fouquebibliothek	Bücher, Sprachkurse zum Selberlernen, Kinderbibliothek, Veranstaltungen für Kinder Lern-Arbeitsräume - Internet /W-LAN Individuelle Konversationsstunden Bei Vorlage des Familienpasses kostenlos	Mo, Di, Do u, Fr 10.00 – 18:00 Uhr Mi 12:00 – 18:00 Uhr Sa 10:00 – 14:00 Uhr	Altstädtischer Markt 8	Frau Warnkan - Teiefon: 02381.584203 E-Mail: karin.warnken@stadt-brandenburg.de www.bibliothek-brandenburg.de
Sprachkultur e.V.	· Obersetzen bei Arzten und im Krankenhaus			Frau Harms/Frau Willnat · Mobil: 0172.3644117
Stadtsportbund	Vereinssport	Mo-Do 09:00-12:00 Uhr u. 13:00-16:00 Uhr Fr 09:00-12:00 Uhr	Kirchhofstraße 3–7	O. Westphal · 02381.300305 westphal@ssb-brandenburg.de · www.ssb-brandenburg.de

Abb. 7: Anlaufstellen und Angebote; Flyer des Flüchtlingsnetzwerks Brandenburg

Anhang 52

Überblick: Maßnahmen des BMAS zur Integration in Ausbildung, Arbeit und (Hochschul-) Bildung

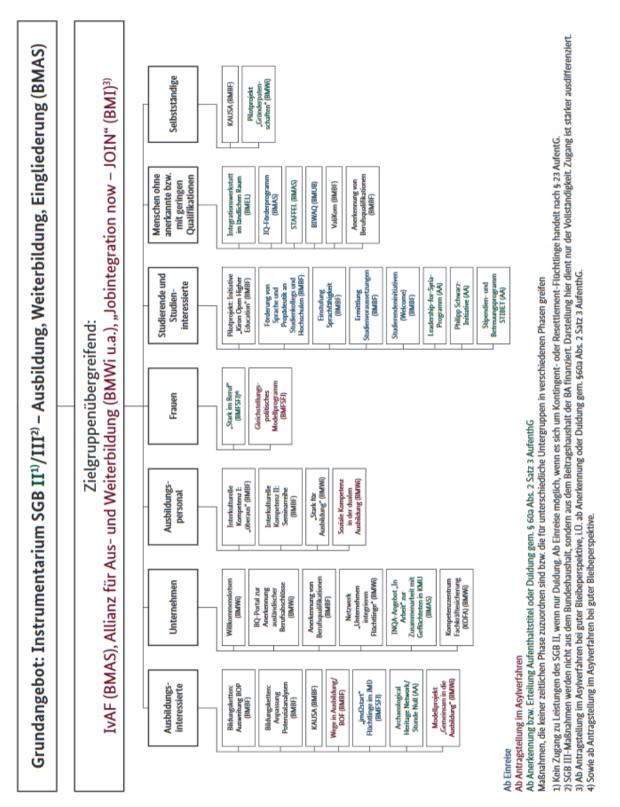


Abb. 8: Maßnahmen des BMAS zur Integration in Ausbildung, Arbeit und (Hochschul-) Bildung; Quelle: Die Bundesregierung (Hrsg.): Darstellung der Maßnahmen der Bundesregierung für die Sprachförderung und Integration von Flüchtlingen; März 2017

Mitwirkende in den Arbeitsgruppen

Kerngruppe

Bärbel Böer (Diakonisches Werk, Flüchtlingskoordination); Michael Glaser (Geschäftsführer Jobcenter Brandenburg); Arndt Sändig (BleibNet, EDIC Brandenburg, BBAG e.V.); Kerstin Schöbe (Fachbereichsleiterin für Jugend, Soziales und Gesundheit); Katrin Tietz (Ausländer- und Behindertenbeauftragte der Stadt Brandenburg); Christin Willnat (Leiterin Antisdiskriminierungsstelle, Integrationsbeirat, Sprachkultur e.V.), Birgit Gericke (Prozesssteuerung, BBAG e.V.)

Arbeitsgruppe Soziale Teilhabe,

Matthias Wessel (VHS Brandenburg); Karin Warnken (Fouqué – Bibliothek); Dr. Jamil Nawlo (Ehrenamt); Heike Schulze (Zentrum für Internationales und Sprachen, THB); Markus Richter (Jugendkulturfabrik e.V.); Marita Fester (Kinderförderverein WIR e.V.); Petra Schmugge (VHS Bildungswerk GmbH); Wolfgang Thörner (CVJM Brandenburg); Besher Hawout (Ehrenamt); Ron Peterlein (Ehrenamt); Monika Martincevic (Brandenburger Theater); Oliver Westphal (Jugendsportkoordinator, Stadtsportbund); Andrea Fuchs (IBS Brandenburg); Frau Maibaum (Kinderförderverein WIR e.V.); Natalia Zizmann (Geschäftsführerin AWO Brandenburg); Frau Beutel (Caritas Altenhilfe); Jens Meiburg ("Brückenpfarramt" St. Gotthardt- und Christuskirchengemeinde und St. Katharinenkirchengemeinde); Jörg Vogler (Geschäftsführer Verkehrsbetreibe Brandenburg); Thea Djawid (Bildungskoordinatorin für Neuzugewanderte); Joachim Damus (Diakonisches Werk); Dennis Bohne (Niederlassungsleiter Akademie Seehof GmbH); Birgit Gericke (Prozesssteuerung, BBAG e.V.); Kay-Uwe Kärsten (Moderation)

Arbeitsgruppe Gesundheit

Ron Peterlein (Ehrenamt); Besher Hawout (Ehrenamt); Dr. Michael Engst (Arzt); Elisabeth Struppek (Netzwerk Gesunde Kinder); Dr. Lieselotte Martius (SVV, Fraktion SPD, Ärztin); Tatjana Wegert (Amtsärztin der Stadt Brandenburg); Löper Katja (Familienhebamme); Jule Moosdorf (LGBTIQ*- conference); Christel Mück-Hannemann (Leitung Frauenschutzeinrichtung Brandenburg); Melanie Held (DRK Brandenburg); Birgit Gericke (Prozesssteuerung, BBAG e.V.); Kay-Uwe Kärsten (Moderation)

Arbeitsgruppe Wohnen und Unterkunft

Heike Schulze (Zentrum für Internationales und Sprachen, THB), Clemens Fleischer (Leistungsabteilung, Jobcenter Brandenburg); Mandy Dichte (Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel); Claudia Herenz (Ehrenamt); Ron Peterlein (Ehrenamt); Jule Moosdorf (LGBTIQ*- conference); Annina Beck (Beratungsfachdienst für MigrantInnen - Diakonisches Werk Potsdam e.V.); Ray Man Ng (Student, THB); Abdallah Ezzedine (Sozialarbeiter GU, DRK); Matthias Osterburg (kaufmännischer Vorstand Wohnungsbaugenossenschaft Brandenburg (WBG)); Ingrid Schkölziger (AWO Migrationsberatung); Madeleine Radige, (Lebenshilfe Brandenburg e.V.); Mohamad Kadib Alban (Student THB); Dr. Waldemar Bauer (SVV Fraktion CDU, Integrationsbeirat, Neue Zeiten e.V.); Dr. Wolfgang Erlebach (Sozialbeigeordneter der Stadt Brandenburg); Birgit Gericke (Prozesssteuerung, BBAG e.V.); Karol Sabo (Moderation)

Arbeitsgruppe Erwachsenenbildung und Arbeitsmarkt

Christina Berse (VHS Bildungswerk GmbH); Henry Krahl (ZAL GmbH); Gabriele Bischoff (Beauftragte für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt, Jobcenter Brandenburg); Frau Beutel (Caritas Altenhilfe); Nico Vogel (Internationaler Bund e.V.); Ron Peterlein (Ehrenamt); Besher Hawout (Ehrenamt, geflüchtet); Petra Schmugge (VHS Bildungswerk GmbH); Madeline Sturhahn (AWO Migrationsberatung); Monika Obuch

Anhang 54

(Geschäftsstellenleitung Agentur für Arbeit Brandenburg); Denise Heger (bbw Akademie für betriebswirtschaftliche Weiterbildung GmbH); Axel Brösicke (SVV, Fraktion AfD); Carina Bischoff (Berufsförderungswerk BFW e.V., Überbetriebliches Ausbildungszentraum ÜAZ Brandenburg an der Havel); Martina Klitzke (Seehof Akademie GmbH); Traicy Gensch (Geschäftsstellenleiterin Gesellschaft für berufliche Bildung Gbb mbH); Manuel Ryll (BleibNet PLUS, BBAG Brandenburg); Benjamin Steinke (Perspektiven für Geflüchtete, Gbb mbH); Michaela Hoffmann (Leiterin Ausländerbehörde Brandenburg); Kerstin Wuttke (VHS Bildungswerk GmbH); Angelique Wirschewski (Akademie Seehof GmbH); Heike Wolff (Akademisches Auslandsamt THB), Birgit Gericke (Prozesssteuerung, BBAG e.V.); Kay-Uwe Kärsten (Moderation)

Arbeitsgruppe Kinder und Familie

Janet Albrecht (Staatliches Schulamt; SB Migration); Marita Fester (Kinderförderverein WIR e.V.); Kerstin Domres (Jugendmigrationsdienst Internationaler Bund); Ron Peterlein (Ehrenamt); Elisabeth Struppek (Netzwerk Gesunde Kinder); Joachim Damus (Diakonisches Werk); Christel Mück-Hannemann (Leitung Frauenschutzeinrichtung Brandenburg); Kristine Wirth (AWO Migrationsberatung); Birgit Fischer-Angelstein (Bereichsleiterin Kindertagesbetreuung, Jugendamt Brandenburg); Jessica Richter (Sozialarbeiterin für UMF, Jugendamt Brandenburg); Madeline Sturhahn (AWO Migrationsberatung); Ina Lübke (Bereichsleitung Allgemeiner Sozialer Dienst, Jugendamt Brandenburg); Nora Wölk (Mütter in Bewegung, BBAG Brandenburg e.V.); Andrea Schumacher (Netzwerk Gesunde Kinder); Ewa Kaplar (Sozialarbeiterin GU, DRK); Birgit Gericke (Prozesssteuerung, BBAG e.V.); Kay-Uwe Kärsten (Moderation), Karol Sabo (Moderation)

Glossar

Ausländerzentralregister

Das Ausländerzentralregister (AZR) ist eine bundesweite personenbezogene Datei, die zentral vom Bundesamt geführt wird. Sie enthält Informationen über Ausländer, die sich in Deutschland aufhalten oder aufgehalten haben.

Migrationshintergrund³⁵

"Eine Person hat dann einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren ist."

Die Definition umfasst im Einzelnen folgende Personen:

- 1. zugewanderte und nicht zugewanderte Ausländer;
- 2. zugewanderte und nicht zugewanderte Eingebürgerte;
- 3. (Spät-)Aussiedler;
- 4. mit deutscher Staatsangehörigkeit geborene Nachkommen der drei zuvor genannten Gruppen.

Kultursensible Pflege

"Ein kultursensibles Pflegeleitbild stellt die Bedeutung von Gleichwertigkeit anstelle von Gleichbehandlung ins Zentrum der Pflege und ermöglicht damit eine individuelle Pflege.

Mit Hilfe eines kultursensiblen Pflegeleitbildes lassen sich institutionelle Rahmenbedingungen sicherstellen zum Erkunden von individuellen Werten, Normen, kulturellen und religiösen Prägungen und Bedürfnissen.

Die Kompetenz zu kultursensibler Pflege entwickelt sich auch aus den Pflegeerfahrungen mit Migrantinnen und Migranten. Werden gewonnene Erfahrungen im Rahmen des Pflegeprozesses evaluiert, geben sie Aufschluss über notwendige Rahmenbedingungen und Haltungen im Umgang mit noch ungewohnten Pflegesituationen und

³⁵ Quelle: Statistisches Bundesamt: Fachserie 1, Reihe 2.2 Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Bevölkerung mit Migrationshintergrund, Ergebnisse des Mikrozensus, Wiesbaden 2017.

sichern den Pflegenden allmählich ein Handlungsrepertoire für eine an individuellen Bedürfnissen ausgerichtete Pflege.

Die in diesem Prozess entwickelten kultursensiblen Pflegestandards garantieren in einer Einrichtung, dass Pflegende z. B. bei der Intimpflege darauf achten, unverzichtbare Bedürfnisse zu erheben, wie etwa die Anforderung, ausschließlich von einer Frau gewaschen zu werden. Ein kultursensibler Pflegestandard stellt sicher, dass diese individuelle Pflege durchgeführt werden kann und Berücksichtigung findet in Dienstplangestaltung, Personaleinsatz und der Organisation der Einrichtung." (Arbeitskreis "Charta für eine kultursensible Altenpflege", 2002, S. 27f)

LGBTIQ

"Steht für Lesbisch Schwul Bi Trans* Inter* Queer bzw. im Englischen entsprechend für Lesbian Gay Bisexual Trans Intersex Queer. Es gibt Kürzel, die nicht alle diese Bezeichnungen enthalten, und solche, die darüber hinausgehen (z.B. LGBTIQQ – das letzte "Q" steht dabei für "Questioning" also "in Frage stellend"). Die hinteren Buchstaben wurden historisch erst später hinzugefügt. Innerhalb der entsprechenden Communities herrscht Uneinigkeit darüber, wie breit Zusammenschlüsse sein sollen, bzw. auch darüber, ob die Praxis dem Anspruch gerecht wird, alle in den jeweiligen Kürzeln genannten Gruppen/Identitäten tatsächlich zu vertreten."³⁶

³⁶ Quelle u.a.: Barth/Böttger/Ghattas/Schneider (Hg.): Inter. Erfahrungen intergeschlechtlicher Menschen in der Welt der zwei Geschlechter. Berlin: NoNo Verlag 2013